

Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Bräunerstr. 6/8, und durch Postämter zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, von Ende 20 St. Durch die Post bezogen M. 2.50, Post und Porto M. 2.25, wo keine Post am Orte M. 2.34.

Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Abrechnung der Beiträge für die nächsten 25 Monate für Arbeitslosen-Versicherung und Berufungsbüro. 15 Monate. Anstaltliche Beiträge 25 Stk. Adressate für die nächste Nummer müssen bis Sonntag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 71.

Breslau, Freitag, den 24. März 1911

22. Jahrgang.

Die Wahl in Sieben.

Mit liberaler Hilfe hat der schwarz-blaue Blodbruder von Sieben-Nidda, der Parteigenosse von Bruhn und Schad, Herr Werner, ein Mandat erreicht, das nach den Ergebnissen der Hauptwahl schon für den Antisemiten verloren zu sein schien. Mit achtzehn Stimmen war der Sozialdemokrat vor dem reaktionären Kandidaten im Vorsprung, dieser letztere konnte nur gewinnen, wenn sich die Mehrheit der liberalen Wähler auf seine Seite schlug. Das aber war, wie es schien, auf keinen Fall zu erwarten, denn wenn auch die Nationalliberalen nach langem Zögern und Schwanken die Parole für den Antisemiten ausgeben hatten, so trat die fortschrittliche Parteileitung, hinter der mehr als zwei Drittel der liberalen Wähler standen, mit desto größerer Entschiedenheit für den Sozialdemokraten ein. Die liberale Presse, von der man doch annehmen mußte, sie kennt ihre Leute, rechnete mit solcher Sicherheit auf einen Sieg des Sozialdemokraten, daß selbst die Zweifler auf der äußersten Linken sich überwinden gaben. So wirkt nach allem Vorangegangenen der Triumph der Schwarzblauen in Sieben-Nidda beinahe schon wie ein Witz. Die Ueberraschung ist groß, das Staunen allgemein.

Geradezu hurellt wirkt das Treiben der reaktionären Presse, die vor Freude Purzelbäume schlägt, weil ein Kreis, an dessen Eroberung vor ein paar Monaten noch kein Mensch dachte, diesmal vom Sozialdemokraten nicht nur nicht geholt worden ist. Die Junker und Antisemiten haben also wirklich Ausschlag, bei den nächsten Wahlen ein paar Mandate zu behalten, wenn ihnen die liberalen Wähler wieder so hilfreich helfen, wie das soeben in Sieben-Nidda geschehen ist. So verraten die Herren vom schwarz-blauen Blod in ihrer Freude über ihren Siebener Sieg eine Tugend, die man bei ihnen noch niemals sonst bemerkt hat: Bescheidenheit.

Interessant ist das Verhalten der liberalen Presse, die von den Siebener Vorgängen natürlich aufs äußerste betroffen ist. Selbst ein gemäßigtes Blatt vom Schlage der „Voss. Ztg.“ spricht von dem „Mäglischen Unfall einer Reihe schwankender Gestalten“, und das „Berliner Tageblatt“ nennt das Verhalten der fortschrittlich-antisemitischen Stichwahlhelfer „schmachvoll“. Am Abend darauf aber hat dieses launisch und ungleichmäßig redigierete Blatt schon glücklich entdeckt, daß die Sozialdemokratie an dem schmachvollen und Mäglischen Unfall der Liberalen gewissermaßen Mitschuld habe, weil mit ihrem Kandidaten nicht viel Staat zu machen sei. Dann wird Genosse Beckmann als ein „kleiner Parteibeamter“ geschildert, der „von der Zeitung völlig abhängig“ ist. Daß Beckmann überhaupt kein Parteibeamter aber außerdem ein sehr kenntnisreicher Mann ist, der von Politik sicher mehr weiß als das Gros der fortschrittlichen Parabelkandidaten, und daß es ein Unsinn ist zu behaupten, ein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter sei „von der Zeitung“ abhängig, braucht das „Berliner Tageblatt“, natürlich nicht zu wissen. Aber selbst wenn es alle diese Dinge für richtig hält, die tatsächlich falsch sind, so ist es wirklich für ein liberales Blatt die übelste Laktit der Welt, wenn es in dieser Situation Streit mit der Sozialdemokratie sucht. Man kann es ihm höchstens als mildernden Umstand anrechnen, daß es nicht als der begreifliche Nerger über die entsetzliche Blamage seiner eigenen Leute ist, der sich hier in so unglaublich ungeschickter Weise an der falschen Stelle Luft macht.

Die mit dem „Berliner Tageblatt“ im gleichen Verlag erscheinende demokratische „Volkszeitung“ benimmt sich jedenfalls viel anständiger, wenn sie feststellt:

Hier rächen sich die Sünden, die die Führer der fortschrittlichen Volkspartei in jenen Jahren begangen haben. Es lag an etwas Krankhaftem darin, wie diese beiden Parteigenossen den Kollateralschaden, so daß diese hundertmal eher einen reaktionären Junker und einen demagogischen Antisemiten, als einen Sozialdemokraten wählen. Solche systematische Wählerverdummung hindert natürlich nach. Die schwarz-blaue Blodmehrheit des Reichstags wird bei den nächsten Reichstagswahlen nicht vernichtet werden, wenn noch ein beträchtlicher Teil der fortschrittlichen Wähler an der früheren dummen Stichwahltaktik festhält.

Angesichts dieser Wirkungen der „systematischen Wählerverdummung“, um den treffenden Ausdruck des demokratischen Blattes festzuhalten, wird es Sache der sozialdemokratischen Partei sein, zu überlegen, welche Konsequenzen sie aus der Siebener Stichwahl ziehen will. Daß dieser Wahlausfall dem Fortschritt überall dort, wo er mit der Sozialdemokratie um Mandate kämpft, sehr zum Schaden gereichen wird, ist selbstverständlich. Im übrigen wird man wohl gut tun, ohne Ueberbitterung abzuwarten, wie sich der Liberalismus bis zu den allgemeinen Wahlen weiter entwickelt.

Liberaler Schande nennt der „Vorwärts“ den fortschrittlichen Umfall, der wohl mehr auf Schwäche und Unfähigkeit zurückzuführen ist. Dann fährt unser Zentralorgan in dem gleichen Sinne fort, in dem wir gestern den Wahlausgang besprachen:

Die Bedeutung dieses Moments den Wählern ist, daß uns hier, hätte zufallen müssen, wenn die Liberalen...

Nicht ebenso erfüllt hätten wie die Sozialdemokraten es getan haben, wo immer Liberale im Kampfe gegen den schwarz-blauen Blod gestanden haben. Betrachten wir doch Reichstagsmandate nur als Symptome unserer Stärke und Schwäche, sie nur dann voll ein, wenn sie aus eigener Kraft errungen sind. Aber wir begrüßen die Erklärung.

Der Ausgang dieser Wahl wird den Genossen in Lande eine gute Mahnung sein, die Wahlhilfe der Bürgerlichen so einzuschätzen wie sie es verdient und den Kampf gegen den schwarz-blauen Blod, wie ihn die Herren so laut mit Worten führen, nicht allzu tragisch zu nehmen. Die Herren schreiben sehr entrüstet auf, wenn sie das Wort von der einen reaktionären Masse hören, aber in Sieben haben sie sich in der Tat als solche bewährt; nur ein Teil der freisinnigen Wählerschaft hat die Parole der eigenen Partei befolgt; die Sammlungsliste des Herrn von Bethmann hat durch den Abfall eines Teils der Freisinnigen ihren ersten Erfolg zu verzeichnen.

Dann aber zeigt der Ausgang dieser Wahl, wie sehr es sich rächt, daß die Freisinnigen so lange die öde Hecke der Konservativen gegen die Sozialdemokraten mitgemacht haben. Wenn es den freisinnigen Führern ernst ist, so sollte mir dem Kampf gegen die Agrarier und Reaktionäre, dann hätten sie jetzt eine dringende Aufgabe: die Erziehungsbewegung an ihren Wählern endlich ernsthaft zu beginnen, die sie so lange vernachlässigt haben. Können sie ihren Wählern nicht mal soviel politische Schulung beibringen, daß sie begreifen, daß für den Liberalismus im Kampf gegen die Reaktion der Sozialdemokrat das kleinere Übel ist, dann können sie den Herren, mit dem sie jetzt so viel herumjuchelt, nur wieder einreden. Dann bleibt die Reaktion ja schließlich doch der Herr und der Liberalismus wie bisher der gehorsame Bediente. Dann hätten aber auch die Sozialdemokraten nicht gerade allzuviel Grund, sich in den hässlichen Streit einzumischen, der in der herrschaftlichen Besondere erledigt werden könnte.

Die „Kreuzzeitung“ ist über den Wahlausfall sehr erfreut, kann es sich aber doch nicht verkneifen, den Fortschrittler einen Fußtritt zu versetzen. Sie sagt:

Nicht allein aus dem Grunde freuen wir uns darüber, daß der Wahlfreud der rechtsstehenden Parteien erhalten geblieben und daß überhaupt ein neuer Mandatsgewinn für die Sozialdemokratie abgemehrt worden ist, sondern hauptsächlich deshalb, weil in der liberalen Wählerschaft das Bewußtsein aufzudämmern beginnt, daß die fortschrittliche Volkspartei ein anderes Spiel treibt, wenn sie darauf ausgeht, ein bürgerliches Mandat nach dem andern auszuliefern.

Auf den gleichen Ton sind die Auslassungen der „Deutschen Tageszeitung“ gestimmt, die das Verbleiben, daß der Antisemit gewählt wurde, für die ländliche Wählerschaft in Anspruch nimmt. Die „Post“ mißt dem Wahlausfall die Bedeutung eines symptomatischen Vorganges bei, der erkennen lasse, daß die fortschrittliche Wählerschaft vernünftiger sei, als ihre Führer.

Nach Erklärungsgründen sucht dagegen die „Breslauer Morgenzeitung“, die im übrigen den Wahlausfall schlechtweg als einen Skandal bezeichnet. Sie sagt:

1500 sind dahem geblieben oder gar, schmählicher Weise, zu dem Antisemiten übergegangen. Diese 1500 aber gaben den Ausschlag.

Fürherlich sind das Leute, die gerade noch Koroll bis zur Stimmabgabe für seine Person gewinnen konnten, die aber weiter nach links nicht zu haben waren, sicherlich sind es ferner jene ländlichen Wähler, bei welchen die Angst vor dem roten Geistes immer noch ihre Wirkung tut, also die unterbegebenen. Sie bedürfen noch längerer Aufklärungsarbeit, als ihnen die kurze Wahlkampagne bringen konnte, in die der Freisinn seit Jahrzehnten zum ersten Male wieder eintrat. Das alles erklärt manches, ändert aber nichts daran, daß der Wahlausfall in Sieben ein Skandal ist.

Von den 2080 freisinnigen Stimmen, die in der Stadt Sieben abgegeben waren, sind 1500 auf Genossen Beckmann übergegangen, 200 bis 300 auf Werner. Diese letzteren sollen meist von Beamten herrühren.

Ein bitterer Zug und ein bitterer Trug muß natürlich die Zentrumspresse mit ihrer Mitteilung verbinden:

Wir begrüßen den Ausfall der Stichwahl als ein gutes Omen für die Zukunft. Die Sozialdemokratie, die sich bereits im Besitze des Mandats glaubte, hat eine empfindliche Schlappe erlitten, trotzdem der Freisinn loszulegen reiflos für sie eingetreten ist. Die gesamte freisinnige Presse hat die Stichwahlparole ihrer Parteigenossen in Sieben-Nidda jubelnd begrüßt; deshalb ist ihre Niederlage nicht geringer. Anerkennung verdienen die heftigen Nationalliberalen, die sich auf ihre alte Tradition besonnen und so den Sozialdemokraten ein Mandat entziffen haben.

Natürlich hat uns in Sieben niemand ein Mandat entziffen, sondern es ist ein seit 1890 in antisemitischen Händen befindliches Mandat diesmal noch nicht von uns geholt worden. Aber ohne so einen kleinen Schwund kommen die diensttuenden Jesuiten der Zentrumspresse an keinem Tagesereignis vorbei. Auch Herr Zentrumspresseabgeordneter Dr. Helm schließt ja seine kürzliche Erklärung im „Bayerischen Kurier“ wie folgt:

Ich bestätige der Zentrumspresse-Parlamentarische Korrespondenz, daß sie ein ganz verlogenes, heimtückisches Machwerk mit dieser Erklärung in die Welt gesetzt hat und läßt sie ein, mich zu verfluchen. Vor Gericht und unter dem Gewicht des Eides lassen sich diese Dinge einwandfrei feststellen.

Dieses „ganz verlogene, heimtückische Machwerk“ ist durch die „Schlesische Volkszeitung“ gemindert — Herr Helm kennt seine treuen Kollegen und katholischen Glaubensbrüder. Der Herr sei mit ihnen!

Nach den letzten Beschlüssen des Senatskomitees ist es wahrscheinlich, daß die Wahlen erst im Januar 1911 stattfinden werden. Bis dahin wird die Regierung alle Hebel in Bewegung setzen, um den Liberalismus auf ihre Seite zu bringen, und niemand, der die liberalen Christen entziffen kann, wird sagen können, daß diese Bemühungen unter solchen Umständen Aussicht auf...

Erfolg hätten. So wenig nun auch die Sozialdemokratie den allgemeinen Ordnungsbrei zu fürchten hat, so wenig kann es ihre Aufgabe sein, das Spiel der Regierung zu erleichtern. Ihre Wahlparole bleibt daher: „Gegen den schwarz-blauen Blod“, und danach werden ihre Anhänger in voller Disziplin handeln, ohne sich um das Verhalten anderer Leute zu kümmern. Mögen sich die so gut blamieren, wie sie können, der Lohn dafür wird ihnen schon zur rechten Zeit zuteil werden!

Politische Uebersicht.

Blasenscheck im Dreiklassenhaufe.

War das ein Aufgebot am Mittwoch im Junkerparlament! Die Regierung des Herrn von Bethmann Hollweg wurde allen Ernstes beschuldigt, antisemitische Politik zu machen und sich bei ihren Vorlagen von ihrer teuflischen Feindschaft gegen die Religion und die Kirche leiten zu lassen! Anathema und Bann wurden beinahe über sie ausgesprochen, und wenn es der Geschäftsordnung nicht widersprechen würde, wäre sie zweifellos verflucht worden. Vielleicht wäre auch aus der schwärzlichen Mitte ein schleuniger Antrag gestellt worden, der Herrn Dallwitz ein bißchen zu schmoren nach der guten alten Methode, die die Altselbstigmachende jahrhundertlang gegen ihre Bekämpfer anwendet, wobei ihr ja der weltliche Arm auch redlich Beistand geleistet hat. Der Anlaß, der die Junker und Heiligen in solch' unheiligen Zorn versetzte, war die mehr als bescheidene Vorlage, durch die den Preußen aus auch wirklich gestattet werden soll, sich nach ihrem Lobe verbrennen zu lassen, natürlich unter allerhand erschwerenden Bedingungen, insbesondere dem zweifelsfreien Nachweise, daß sie solche Bestattung auch wirklich angeordnet haben. Da die Glaubwürdigkeit der betreffenden Zeugen der behördlichen Prüfung unterliegt, wird Anhängern der Feuerbestattung, die in frommen Gebieten wohnten, schon zu empfehlen sein, nicht etwa bekannte Sozialdemokraten zu solcher Zeugenhaft heranzuziehen. Freilich wird dadurch der Kreis dieser Zeugen ziemlich verkleinert und damit schließlich doch der Zweck möglicher Einschränkung der Feuerbestattung erreicht werden. Unter Genosse Hoffman und auch der Volksparteiler Bachmide führten diese mittelalterlichen Bedenken gehörig ab, und auch der Minister bezirte die Vorlage in ganz annehmbarer Weise. Einen richtigen Gieranz führte der freikonservative Redner auf, um die Gefolgschaft für die Junker mit der gern betonten Weltlichkeit seiner Partei im Einklang zu bringen.

Donnerstag: dritte Lesung und eventuell Durchpfeischung des Etats.

Wie lange noch?

Der Senatskomitee des Reichstags beschäftigte sich mit dem Arbeitsplan für die nächste Zeit. Es stehen bis zum 5. April noch 10 Sitzungsstage zur Verfügung, wenn der 25. und 27. März frei bleibt. Mit dem 5. April, bei einer Verzögerung der Verhandlungen erst am 7. April, geht der Reichstag in die Osterferien, die drei Wochen dauern. Am 27. April nimmt voraussichtlich der Reichstag seine Sitzungen wieder auf.

Darauf gab der Präsident die Wünsche der Regierung über die Beratung der einzelnen Gesetzesentwürfe nach Ostern bekannt. Nach dem Wunsche der Regierung soll die Reichsversicherungsordnung mit dem Einführungsgezet bis zu den Pfingstferien, bis zu dem 2. Juni, entschieden werden. Angekündigt wurde, daß die Regierung zum 10. Oktober den Reichstag zu einer Herbstsession einberufen wird, in der der Verfassungsgezetentwurf für Etsch-Notbringen, der schwedische Handelsvertrag, die Fernsprechgebühren und das Patentgesetz erledigt werden sollen. Ebenso wird an die Erledigung der Justiznoten und des Privatbeamtenversicherungsgezetes gedacht.

Die Parteien waren sich einig, daß bei dieser Konzentrierung die Beratung der einzelnen Etats sehr knapp bemessen sei und daß es sehr schwierig sein werde, bis zum 5. April alles zu erledigen.

Nach Ostern soll der Reichstag die zweite Lesung der Reichsversicherungsordnung beginnen. Rein veranlassender Mensch hält es für möglich, daß er mit dieser umfangreichen Arbeit bis Pfingsten fertig wird. Nach Pfingsten aber ist es schwer, dauernd ein beschlußfähiges Haus zusammenzuhalten, es ist also nicht anzunehmen, daß die Reichsversicherungsordnung in zweiter Lesung, von der dritten gar nicht zu reden, vor den Sommerferien fertig wird. Wenn aber der Reichstag im Herbst inoffiziell noch einmal zusammentritt, so wird er sich vor dieser Situation finden: er wird zu erledigen haben die Reichsversicherungsordnung in dritter eventuell zum Teil noch in zweiter Lesung, die Strafprozessreform, das Gerichtsverfassungsgesetz, die Strafprozessreform, die Etsch-Notbringen, das Schiffahrtsabhangengesetz, das Handelsgezet, die Novellen zur Gewerbeordnung und die Verbesserung der Privatangehörigen.

Dieses alles ist, um einmal deutlich zu sprechen, wähen...

eben lassen zu lassen. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Mann-heim sandte ihn 1878 mit den ersten Stadtverordneten in den Bürgerausschuss, wo er bis 1896 ununterbrochen tätig war. Sein Andenken wird in der Arbeiterpartei unvergessen bleiben.

Als sozialdemokratischer Kandidat des dritten pfälzischen Wahlkreises Gernersheim wurde Stadtrat Bruno Kerner aus Ludwigshafen angeteilt. Damit haben die Genossen für sämtliche pfälzische Wahlkreise Kandidaten nominiert, während seitens der Liberalen dies noch nicht in einem einzigen Wahlkreis geschehen ist.

Ein neues Arbeiterheim ist in Oldenburg eingeweiht worden. Den gemeinsamen Bemühungen von Partei und Gewerkschaften gelang es, ein Gebäude entstehen zu lassen, das als Volkshaus im weitesten Sinne des Wortes bezeichnet werden kann. Es enthält Versammlungsräume, Restaurant, Herberge und Sitzungszimmer und ist durchweg mit den modernsten Einrichtungen versehen. — In hoffentlich nicht zu langer Zeit wird auch Breslau ein Heim in neuem Gewande errichten.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Der Mord in dem schlesischen Dorfkrug in Jankau.

Ein umfangreicher Mordprozess, für den zunächst etwa fünf Tage in Aussicht genommen sind, beginnt heute, Sonntag, vor dem Schöffengericht in Biele. Am 13. November d. J. wurde in der Ortschaft Jankau im Kreise Ostpr. der Gutsbesitzer Jung umher anfanglich recht geheimnisvollen Umständen ermordet. Ein verdächtiges Geräusch am Fenster hatte ihn in der Nacht aufgeweckt, und als er sich erhob, wurden auf ihn zwei Schüsse abgegeben, die ihn zu Boden streckten. Die aus ihrer Nachtruhe aufgeschreckten Familienangehörigen und des Hauspersonals fanden Jung bereits im Sterben. Während man sich um den Sterbenden bemühte, sah man, wie das Blut eines fremden Mannes sich an die Wand schloß und sich nach unten hinunterlief, dann aber verschwand. Die Leiche richtete sich zunächst gegen den Landwirt Schirb, dann gegen einen Bruder des Jankauer Gemeindevorstehers. Es war bekannt, daß er mit der Frau des Ermordeten ein Verhältnis unterhalten hatte, und begrifflicherweise vermutete man zunächst, daß er mit der Tat im Zusammenhang stehe. Man nahm an, daß er den ihm im Wege stehenden Ehemann habe beseitigen wollen, um dann seine Geliebte heiraten zu können und auch in den Besitz der gutgehenden Gutsverwaltung zu kommen. Schirb war längere Zeit in Untersuchungshaft. Da er aber in der Lage war, für die Zeit der Tat selbst den Alibibeweis zu erbringen, so konnte er keinesfalls der Täter sein.

Es gelang den Beamten der Berliner Kriminalpolizei auch schließlich, als den Täter den Grubenarbeiter Josef Ganssch zu ermitteln, der ein Fürsorgeradlitz gewesen war, und dann wegen Diebstahls und Gewalttätigkeiten eine Reihe von Jahren im Gefängnis und Zuchthaus zugebracht hatte. Ganssch hat kaum auch bald ein Schuldschuld abgelegt, und es ist ihm auch nachgetreten worden, daß er der Täter einer Reihe weiterer Einbrüche und Mordfälle in der Nachbarschaft gewesen ist. Große Heberregung erregte es dann aber, als Ganssch plötzlich erklärte, daß er zu dieser Tat von dem Landwirt Schirb bewahrt ihm 500 Mark für die Tat gegeben habe. Daher wurde nunmehr gegen Schirb erneut ein Verfahren wegen Anstiftung eingeleitet, aber auch dieses hatte auf Grund der von seinem Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Barisch in Biele, vorgebrachten Gegenbeweise einen so negativen Erfolg, daß Schirb am 2. November 1910 ohne Kaution aus der Untersuchungshaft entlassen wurde. Es ist gegen ihn auch nicht Anklage erhoben worden, sondern die Anklage lautet nur allein gegen den Grubenarbeiter Ganssch aus Jahre auf Mord.

Die Ermittlungen haben ergeben, daß Ganssch schon im Zuchthaus vor der Entlassung Lebenssitten geführt hat, daß er nach seiner Entlassung in jener Gegend Einbrüche und räuberische Mordfälle ausführen wollte, und er hatte dabei auch auf die Gastwirtschaft des Jung hingewirkt. Jedenfalls stellt sich die Affäre, die in ihrer Vorgeschichte einen so sensationellen Anprall genommen hatte und infolge dessen in der Gegend von Biele die Bevölkerung in großer Spannung hielt und noch hält, im Grunde nur als ein ganz einfach klingender Mordfall dar, über dessen Ausgang wir Mitteilung machen werden. — Zur Verhandlung selbst sind über 80 Zeugen geladen.

Glogau, 23. März. Ein Ort des Schreckens. In kurzen Zwischenräumen folgt, durch Brandstiftung hervorgerufen, Brand auf Brand in dem Dorfe Tschepylau. Gegen 7 1/2 Uhr Abends ging Montag die Scheune des krank zu Bett liegenden Besitzers Bartkowiak in Flammen auf. Die Scheune ist nur gering versichert, so daß dem Manne, da auch drei landwirtschaftliche Maschinen vernichtet wurden, großer Schaden entstanden ist. Als der Tat verdächtig wurde der Knecht Wilhelm Dehmel aus Tschepylau noch Abends festgenommen. Ob er der wirkliche Täter sein wird, ist noch die Frage. Die letzte Brandstiftung ist dicht neben den drei letzten Bränden gelegen. Alle angelegten Brände — jetzt sind es im Zeitraum von knapp anderthalb Jahren deren zwölf gewesen — sind in der Gegend vom Feldwege aus angelegt worden und ähneln sich in der Brandanlage so frappierend, daß man die ganzen Brandstiftungen als des Werks eines Menschen zu betrachten scheint. Ein Breslauer Polizeihund konnte die Spur nur wenig verfolgen.

Jauer, 23. März. Verhaftung des Mörders von Petersgrund und Bomben? Aus Duerbach, Kreis Löwenburg, wird gemeldet: Montag Nachmittag lebte in der Scholtziele hier ein Mann ein, der ein ganz auffälliges Benehmen zur Schau trug. Der Vorgesetzte telephonisch den Hlinzberger Gendarmerie-Wachmeister Sprittalle, der den Mann verhaftete und ihn in das Friedberger Gefängnis brachte. Der Verdächtige steht im Verdacht, der fast vierjährige Mörder der Witwe Krause in Petersgrund bei Jauer und des Häuslers Knödel aus Bomben bei Jauer zu sein. Das Signalzeichen des Verhafteten stimmt genau mit den Angaben in der Bekanntmachung des Staatsanwalts in Piesitz überein. Auch soll auf das Postmonnaie, das der Mann bei sich trug, die Beschreibung des dem Häusler Knödel in Bomben gestohlenen unterfallen. Ferner verdrehte der Mann beim Sprechen die Augen so, daß das Weiße anständig sichtbar war.

So lange noch keine anderen Beweise gegen den Verdächtigten vorliegen, ist die Nachricht, daß der Mörder gefast ist, mit Reserve aufzunehmen. Wie leicht man übrigens in den Verdacht kommen kann, der gefaschte Mörder zu sein, mußte ein Pferdeshändler aus Glogau, der den hiesigen Pferdemarkt besuchte, erfahren. Er wurde unter dem Verdacht, der Bomben-Mörder zu sein, von der Polizei festgenommen und dem Gericht vorgeführt. Nach etwa einer Stunde wurde der Mann wieder entlassen, da sich der Verdacht als grundlos erwies.

Aus Oberschlesien.

Die Folgen der Gewaltherrschaft.

Ueber das gestern schon von uns mitgeteilte Revolverattentat des Steigers Eger gegen den Bergverwalter Giersberg, wird uns geschrieben:

Wiederholt ist es in der letzten Zeit in Oberschlesien vorgekommen, daß Arbeiter und auch Angestellte sich an Arbeitgebern oder höheren Betriebsbeamten vergreifen haben. Meist haben diese Vorgänge in der Behandlung der Arbeiter oder Beamten ihren Grund. Sicher ist, daß viele Betriebsbeamte sehr rigoros vorgehen, besonders wenn es sich um Arbeiter handelt. So wandert, der ohne eine Abmahnung zu haben, mit Geldstrafen belegt wurde, wandte sich verächtlich an den Betriebsführer oder Direktor, aber Recht bekommt er in den meisten Fällen nicht, höchstens einen, Anschauer, ohne daß man ihn überhaupt gehört hat.

Ein ähnlicher Fall scheint jetzt bei dem Attentat des Steigers Eger gegen den Bergverwalter Giersberg auf Paulinegrube vorzuliegen. Bekanntlich hat der entlassene Steiger am Dienstag den Direktor des Bergwerks Giersberg, worauf er das Attentat verübte.

Die ober-schlesische Presse ist schnell dabei, festzustellen, daß Eger wegen „Verfehlungen“ entlassen worden sei, wie dies schon einmal auf der Klobbasgrube geschehen ist.

Viele Gläubige dürfte sie mit dieser Behauptung nicht finden, denn die Sache liegt nicht so. Daß Eger wegen „Verfehlungen“ entlassen ist, mag schon zutreffen, aber die Verfehlungen sind auch darauf. Noch weniger als die Arbeiter dürfen die Beamten der Montanindustrie eine Meinung haben. Ein Wort gegen den Verwalter, Inspektor oder gar Direktor ist eine „Verfehlung“. Politische Feindschaft, die der Verwaltung nicht genehm ist, ist sogar schon ein Verbrechen. Wird diese, oder vielleicht die Abgabe der Akkorde nicht im Sinne der Verwaltung betrieben, dann kommt erst ein harter Wind, der übliche Grund zu der „Verfehlung“ ist gegeben und der Familienvater steigt auf Straßenpflaster. Worin die Verfehlungen eigentlich bestanden, steht nicht fest, aber es war lange kein Geheimnis mehr, daß er nicht lange auf Paulinegrube (Hohenloheische Verwaltung) sein wird, und daß er eines Tages rausfliegt.

So ist es denn auch gekommen und sicher stand der Mann auf der schwarzen Liste. In seiner Erregung hat er sich nun zu der unglücklichen Tat hinreichend lassen und damit Rache gegen die Gewaltherrschaft genommen. Solche Vorkommnisse wären unglücklich, wenn man Arbeiter und Beamte nicht als Klassen behandeln würde. Man gewähre allen ihre politischen Rechte und Freiheiten, gebe die Gewaltherrschaft auf, dann wird man von solchen zu bedauernden Vorgängen verschont bleiben.

Bergarbeiterlöhne.

Im „Reichsanzeiger“ wird die Nachweisung der in sämtlichen Hauptbergbaubezirken Preußens im vierten Quartal 1910 verdienten Bergarbeiterlöhne veröffentlicht. Es dürfte interessieren, die jahresmäßige Entlohnung der Löhne in den drei wichtigsten Bezirken zu verfolgen. Es betrug der Lohn pro Schicht der

| Bergbaubezirk | Jahresmittel 1909 | 1. Vierteljahr 1910 | 2. Vierteljahr 1910 | 3. Vierteljahr 1910 | 4. Vierteljahr 1910 |
|--------------------------------|-------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|
| a) Oberbergamtsbezirk Dortmund | 4,49 | 4,48 | 4,51 | 4,57 | 4,61 |
| b) Oberschlesien | 3,48 | 3,45 | 3,42 | 3,45 | 3,46 |
| c) Saarbezirk | 3,96 | 3,94 | 3,95 | 3,97 | 4,01 |

Im Oberbergamtsbezirk Dortmund, als wie auch im Saarbezirk sind die Löhne bedeutend höher, als wie in Oberschlesien. Ist es deshalb ein Wunder, wenn die schlesischen Bergleute es vorziehen, nach dem Westen zu gehen, wo sie mehr verdienen und außerdem auch als Menschen behandelt werden, was in Oberschlesien bekanntlich nicht der Fall ist.

Neustadt OS., 22. März. Warum sollen sich die Arbeiter nicht christlich organisieren? Ueber dieses Thema sprach am Sonnabend im Gewerkschaftshaus Genosse Feilert-Breslau. Nach eingehender Würdigung der Ursachen, die zur Gründung der christlichen Gewerkschaften führten, beleuchtete derselbe in trefflicher Weise das Wesen und die Praktiken, die die „Christen“ gegenüber der modernen Arbeiterbewegung einzuschlagen belieben. Durch ausreichende Beispiele erläuterte der Redner dann die Notwendigkeit einer starken einheitlichen Organisation und daß für den erstgeschafften Bewegung in Betracht kommen könne. Umjoremer als die christliche Gewerkschaft durch ihre unvernünftige politische Haltung zum Zentrum, sowie das Weigen unter bischöfliche Bevormundung niemals den Arbeiterinteressen gerecht werden könne. Dieses Spiegelbild einer Gewerkschaft, die von der Gnade der Geistlichkeit abhängt, paßt dem anwesenden christlichen Sekretär Jungnickel freilich nicht. Loblieder singend auf die befruchtende Wirkung der in einer Hand sich anhäufenden Millionen, träumte er von dem nebelhaften Ziel der Gegenläufigen Kapital und Ausbeutung zu überbrücken. Als Anhänger der schwarzen Volkserläuterer versuchte er auch für diese eine Länge zu brechen. Leicht wurde es Genossen Feilert, die Lustschlösser der Christen, die Tätigkeit ihrer Führer im Parlament ins rechte Licht zu stellen, was hoffentlich dieselben etwas zum Nachdenken veranlassen wird. Die Kampfesweise der christlichen Christen beleuchtete der in Geschäften anwesende Gauleiter Grunow von den Schuhmachern. Ebenso die Verleumdungstaktik, durch die dieselben ihre Reihen zu stärken versuchten. Das stumme Zuhören war der beste Beweis ihres bösen Gewissens, und schämeu verließen sie den Ort des über sie abgehaltenen Gerichts.

Schreibersdorf (Kreis Neustadt), 23. März. Töblicher Unglücksfall. Dienstag, fuhr der Dominiararbeiter Kopitz Stroh vom Schober ab. Die jungen Pferde schreckten, warfen den Kopf um. Der schwere Wagen ging ihm über ein Bein und die Brust. Der Oberkörper wurde gebrochen, eine Rippe eingedrückt. Nach drei qualvollen Stunden starb der sechzig Jahre alte Mann. Er hinterläßt eine Witwe mit 5 unversorgten Kindern.

Infolge der schauerhaft schlechten Wege konnte der telephonisch herbeigerufene Arzt erst nach zwei Stunden am Krankenbette erscheinen. Leider war der arme Mann bereits tot.

Reiße O.-S., 22. März. Kein Festungsgefängnis mehr. Nach einer Verfügung des Reichsministers wird das

Festungsgefängnis in Wisse am 1. Juli d. J. aufgelöst. Zur Aufnahme der zu diesem Zeitpunkt dort befindlichen und von da einzureisenden Militärgefangenen aus dem Bereich des 6. und 5. Armeekorps ist das Festungsgefängnis in Spandau bestimmt. Militärgefangene, deren Strafdauer über den 15. Juni 1911 hinausreicht, sind von den Kommandanten der 9., 10., 11. und 12. Division und dem Kommandanten in Posen schon von jetzt an dem Festungsgefängnis in Spandau zu überweisen.

Matthar, 23. März. Volkerversammlung. Am Sonntag, den 26. d. Mts., Nachmittags 4 Uhr, findet im Gewerkschaftslokal, Rungferstraße 3, eine öffentliche Frauenversammlung statt. Ueber „Der Kampf der Frauen um politische Gleichberechtigung“ wird Genosse Höfing-Deuthen Vortragen.

Wentzen, 23. März. Zum Fall des Kaisers Gebauer. Die taurige Tatsache, daß zwei Kaiserärzte unter allerlei Gründen sich weigerten, zu einem todkranken Menschen während der Nacht zu gehen, hat hier viel böses Blut erregt. Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben mehrere Eingaben an den Vorstand der ungesetzlich geleiteten Krankenkasse B. gemacht, ebenso dürfte der Magistrat wohl manche Anfrage erhalten haben. Aber alles schwierig, denn man ist um eine Antwort verlegen. Aber man will die Öffentlichkeit damit beruhigen, daß man bekannt macht, gegen die beiden Ärzte sei ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Wichtiger wäre es, wenn der Magistrat endlich einiges darüber erklären wollte, wie lange die ungesetzliche Klassenvertretung noch dauern soll? Wie lange der zu unrecht gewählte Vorstand noch amtierem darf, und ob dieser das Recht hat, Anstellungen vorzunehmen, wobei die Verwandtschaft wieder eine große Rolle spielt.

Zaborze, 23. März. Eine Staatsaktion. Vor einer schweren Katastrophe ist das Deutsche Reich wieder einmal durch die Wachsamkeit der hiesigen Polizei bewahrt worden. Nachdem eine am 13. März bei dem Vorsitzenden des dortigen Sokol-Vereins, Rechtsanwalt Kobylinski, unter einem außergewöhnlich großen Polizeiaufgebot statt findende Hausdurchsuchung zur Beschlagnahme „staatsgefährlicher“ Bücher und Schriften geführt hat, ist am Dienstag der Sokol-Verein polizeilich aufgelöst worden. Angeblich sollen in einer am Sonntag stattgefundenen Vereinsversammlung „aufreizende“ (1) Ansprachen gehalten und ebensolche Lieder gesungen worden sein. Gegen die polizeiliche Maßnahme hat der Vorsitzende sofort die Beschwerde erhoben, ebenso darüber, daß bei der Hausdurchsuchung Bücher beschlagnahmt worden sind, die weder aufreizend noch irgend eine Verbindung mit dem von ihm geleiteten aufgelösten Verein haben.

Der freisinnige Berg wird wohl wieder ein wingiges Mänlein gebären.

Königshütte, 22. März. Achtung, Bibliothekbesucher! In den nächsten Wochen wird die Bibliothek einer Neuorganisation unterzogen. Wiederholt wurden die Gewerkschaftler aufgefordert, die geliehenen Bücher baldmöglichst zurückzubringen, aber leider gibt es noch immer eine Anzahl Leser, die die geliehenen Bücher meist über die statutarisch festgelegte Zeit hinaus behalten. Abgesehen davon, daß das Schaftkonto infolgedessen ein erhebliches wird, ist das Verhalten eine Rücksichtslosigkeit den anderen Lesern gegenüber. Die Schlichter werden daher aufgefordert, die rückständigen Bücher unverzüglich einzuliefern, im anderen Falle die Namen der Betreffenden veröffentlicht werden.

Die Bibliotheks-Kommission. J. A. Gaborzky, Bibliothekar.

Zaborze, 23. März. Arbeiter-Gesangverein. Besonderer Umstände halber findet die nächste Gesangsprobe im Vereinslokal am Sonnabend, den 25. d. M., Abends 6 Uhr, statt.

Zaborze, 23. März. Sozialdemokratischer Verein. Sonntag, den 26. d. Mts., Nachmittags 3 Uhr: Mitlieder-versammlung im Lokal des Herrn Grünberger, Brojastraße. Wichtige Tagesordnung, darunter ein Vortrag. Zutritt nur für Mitglieder.

Gleiwitz, 23. März. Aus Furcht. Mittwoch früh gegen 7 1/2 Uhr stürzte sich die 27 Jahre alte Waisenhilfsherrin Theresia Gypka, Wolltestraße 29, aus dem Fenster ihrer im 3. Stockwerk gelegenen Wohnung auf den Bürgersteig, wo sie mit zerstückelten Gliedern liegen blieb. Sie wurde ins städtische Krankenhaus gebracht. Die Unfälle hat vor einigen Tagen Wäsche- und Kleidungsstücke in Brand gelegt und sollte wegen anstandsloser Geistesstörung dem Gerichtsort zur Beobachtung ihres Geisteszustandes geführt werden. Als der Beamte zu diesem Zweck die Wohnung betrat, stürzte sich die Bedauernswerte aus dem Fenster.

Wismarschütze, 23. März. Selbstmord. Dienstag Abend schloß sich der im Emilow'schen Barbiergeschäft beschäftigte 23-jährige Gehilfe Siebler drei Kugeln in die Brust und eine in den Kopf. Er starb Mittwoch früh; das Motiv der Tat ist unbekannt.

Kattowitz, 23. März. Grubenbrand. Auf der Grube Kasmitz, wo erst im vorigen Monat ein Brand ausgebrochen war, entstand Dienstag wieder ein großer Grubenbrand. Die Schmiebe und das Magazin wurden ein Raub der Flammen. Da die Grubenwehr rechtzeitig in Tätigkeit treten konnte, so waren Menschenleben nicht zu beklagen. Der Materialschaden ist bedeutend.

Seobüh, 23. März. Sozialdemokratischer Verein. Im Gewerkschaftslokal sagte am letzten Sonnabend eine sehr gut besetzte Mitlieder-versammlung des sozialdemokratischen Vereins. Ein Vortrag des Genossen Höfing-Deuthen über „Was lehren uns die Vorkämpfer vom 18. März 1848“ wurde beifällig aufgenommen. Zum schlesischen Parteitag wurde ein Delegierter gewählt.

Paulsdorf, 23. März. Sozialdemokratischer Verein. Im Gewerkschaftslokal im Hause des Genossen Kutpa findet am Sonntag, den 26. d. Mts., Vormittags 10 Uhr, eine sehr wichtige Mitlieder-versammlung statt. Zutritt nur für Mitglieder und Personen, die dem Verein beitreten wollen.

Genossen! Agitiert überall für die Arbeiterpresse!

1206 ist die Fernsprechnummer für Verlag und Expedition unserer Zeitung.

3141 ist die Fernsprechnummer für die Redaktion.

Verantwortlicher Redakteur: Reinhold Datz. — Redaktion und Expedition: Neue Waisenstraße 7. — Verlag von Datz & Co. — Druck von J. G. Glogau, S. u. S. — Städtisch in Breslau.

Sie haben recht, wenn Sie bei Ihrem Kaufmann ausdrücklich

MAGGI'S Bouillon-Würfel 5 Pfg.

verlangen, denn sie sind mit allerbestem Fleischextrakt hergestellt, und enthalten bereits feinste Gemüseauszüge sowie das nötige Kochsalz und Gewürz.



Nur echt mit dem Namen MAGGI und der Schutzmarke Kreuzstern.

Telephon 2971.

Central-Bad

Krullstrasse 3/4 (Ecke Reuschestr.)

Central-Bad

Kur- und Badeanstalt I. Ranges

I. u. II. Klasse. Wannen-, Zusatz-, Kohlensäure-, Elektrische-, Dampfkastenbäder, Vibrationsmassage, Packungen usw.
Geöffnet für Herren und Damen täglich von 7 Uhr früh bis 9 Uhr abends.

Russisch-, irisch-, römische Voldampf-bäder.

Geöffnet für Herren täglich 7-1 Uhr vormittags, 5-9 Uhr nachmittags. Für Damen täglich 1-5 Uhr.

Stadt-Theater.

Donnerstag 7 1/2 Uhr:
„Der Wasserschmidt“.
Freitag 7 1/2 Uhr:
„Don Juan“.
Sonnabend 7 1/2 Uhr:
„Lauhäuser“.
Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr:
„Onkel Bräutigam“.
Abends 7 1/2 Uhr:
Schauspiel Friedrich Flaschke.
„Tiefenland“.

Lobe-Theater.

Donnerstag 7 1/2 Uhr:
„Ein Walzertraum“.
Freitag 7 1/2 Uhr:
„Glaube und Heimat“.
Sonnabend 7 1/2 Uhr:
„Das Musikantenmädchen“.
Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr:
„Der fidele Bauer“.
Abends 7 1/2 Uhr:
„Glaube und Heimat“.

Thalia-Theater.

Sonnabend:
Gruppe K. 3. Vorstellung:
„Sopj und Schwert“.
Sonnabend am Tage der Vorstellung
von 10-2 Uhr im Stadt-Theater und an
der Kassenkassa im Thalia-Theater.
Sonntag 7 1/2 Uhr:
„Das Tal der Liebe“.
Sonnabend Freitag und Sonnabend
von 10 bis 2 Uhr im Stadt- und Thalia-
Theater.

Schauspielhaus

Donnerstag 8 Uhr:
Rum 1. Male:
„Die Glocken von Corneville“.
Freitag 8 Uhr:
„Der ledige Gatte“.
Sonnabend 8 Uhr:
„Die Glocken von Corneville“.
Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr:
„Der 3. Geunerbaron“.
Abends 8 Uhr:
„Die Glocken von Corneville“.

Liebig's Etablissement.

Sensations-Mimodrama von Banquet
7 Korinthus Albert Böhm
Petis Roberto The Janaly's
etc. etc. etc.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Viktoria-Theater

Carl Schmitz
in der Regie:
„Die fromme Helene“
Lachen ohne Ende.
und die neuen Kostüme.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonnabend 8 Uhr.

Zeltgarten

10
Glanznummern
Schlager auf Schlager
u. v. v.
Die süßen Mädel
Operetten-Platz.

Reformier überall läuft sich.

Wollen Sie auch Ihre Bekleidung
hier sorgfältig übersehen?
Sonnabend für einige Tage der
Wochentag noch frei
„Der auf der Orgel“, Substitutions-
stücke Nr. 29. 1564

Palmengarten

Neue
Waldenburger
Berg-Kapelle.
D' Inzigen G'biegler.
Eintritt frei.

Liegnitz.

Freireligiöse Gemeinde
Sonntag, den 26. März 1911,
nachmittag 2 1/2 Uhr
im kleinen Badehaussaal
Erbauung und
Jugendweihe
durch Herrn Tscheln-Breslau.
Eintritt frei. 1567

Pfänder-Auktion

Donnerstag, den 30. März,
Versteigerung bis 27. März.
Bar.straße 121. 1568

Ich wohne jetzt 1565
Friedrich-Wilhelmstr. 62, I.
Dr. Boss. Telephon 9249.

Wickelmacher

Tüchtige
finden bei Herrn Schmied, von Nr. 5.
eine Stelle auf dem, darunter befindlichen,
Zugwagen der Meisterei wird in Aussicht
genommen. 1514
Zigarettenfabrik Hugo Haschke,
Leipzig, Gottschalkstraße 23.

Kaufe gebr. Möbel.

Schiffbau, Bettel, Sofas, Kommoden,
gute Einrichtungsgegenstände, etc. etc.
1569
Wahler, Gartenstraße 36.

Gebr. bill. Möbel!

Schreibtisch, Sofa, Tisch, Spiegel, Stuhl,
Stühle, Bettstellen, Federbetten, etc. etc.
Friedrichstraße 36. 1566

Schweinefleisch 60-85 Pf.
Schmalz 70-75, Rindfleisch 80
bis 85, Kibfleisch 70-80, etc.
Kuchen 45-50 Pf. 1571

Tobakhandlung

Carl Rother & Rode
Breslau I. Hummerlei 26.
Spezialität:
7. alte Sumatra-Deffen
aus Indonien, Stand in jed. Straße.

Hamburger

ausländ. Leder-
u. gestrichl. Leder-
Käse, Leinwand-
und
Saxe-Kantchen-
Hosen
mit und ohne Latz. 1412
Gustav Kauerhase
Inhaber: Oskar Dehmel
Neumarkt 45.

Handlung Volkswacht.

Christentum und So-
zialismus von H. Fiedl. 0.10.

Volksvorstellung 1910/11.

Für die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins.
Sonntag, den 26. März
nachmittags 3 1/2 Uhr:
Thalia-Theater.

„Anatol“

von Schnitler.

I. Rang 0,70 Mk. Barkeit und Orchester 0,60 Mk.
Balkon und Sperrfrei 0,50 Mk. II. Rang 0,30 Mk.
III. Rang 0,20 Mk.

Henkels Etabl., Pöpelwitz

Großes Sauz-Kränzchen
Heute Donnerstag: 1561
bei vollem Orchester. Eintritt
frei. — Präsent-Verteilung.

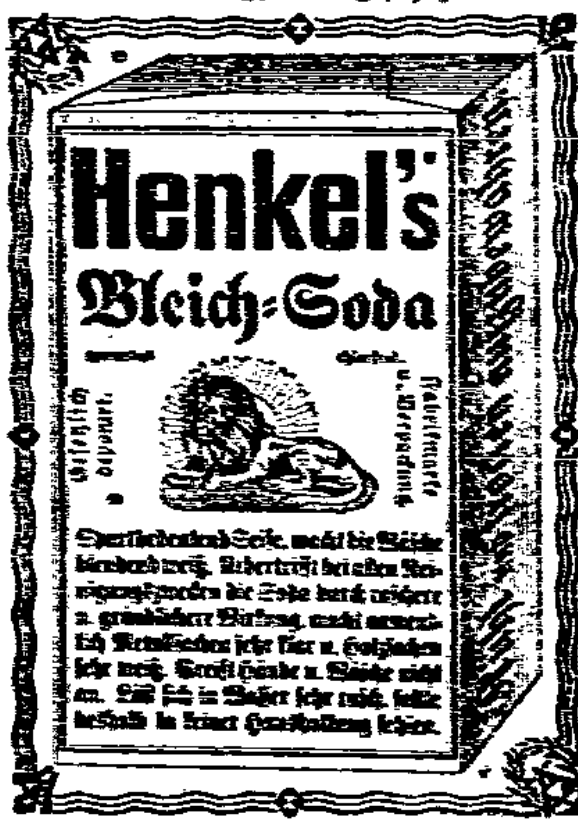
Wilhelmsburg

Heute Donnerstag:
Gr. Frühjahrs-Kränzchen.
Solonade mit Präsent-Verteilung. [1882] Orchester F. Nötzel.

Fleisch billiger!

Rindfleisch der 70 Pfg. Sorte und Rinderbraten der 70 Pfg.
Rindfleisch ohne Knochen v. 90 Pfg. Rindfleisch v. 80 Pfg.
Zwischenfleisch v. 70 Pfg. Schweinefleisch v. 60 Pfg. Schmalzbraten
u. Schmalzbraten v. 70 Pfg. Gekochtes v. 50 Pfg. frisches Schwein
u. Lammfleisch v. 70 Pfg. prima ausgelass. Schweinefleisch v. 70 Pfg.
Ferkel, Leber u. Mettwurst v. 70 Pfg. bei Abnahme von 5 Pfd. 60 Pfg.
Fleischerei Alsenstr. 68, Ecke Posenerstr. 1571

Bitte lesen!
Beim Einkauf von
Henkels Bleich-Soda
achte man genau auf antiseptische Packung
und weiße Packungsmengen, da weißes
minderwertig, energisch zurück.



Henkel's
Bleich-Soda

Spezialbleichmittel, macht die Wäsche
bleichweiß, entfernt alle Flecken,
weißigt die Wäsche, macht sie
zu einem reinen, weichen Stoff.
Es ist ein Bleichmittel, welches
keine schädliche Wirkung hat.

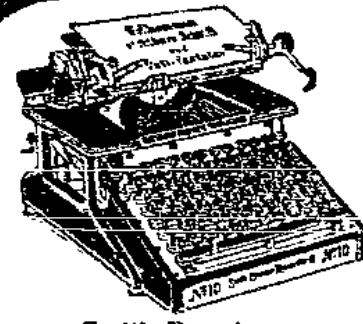
„Der wahre Jakob“.
Sozialdemokratisches Blatt. — Heft 10 Pfg.
Durch die Expedition und Subskription zu beziehen.

Grosser Konzerthausaal.

Sonnabend, den 25. März, abends 8 1/4 Uhr
mit Genehmigung
des Königlichen Polizei-Präsidiums!

Max Reloff,
ehemaliger Korporal der Fremden-Legion
Enthüllungen
über die französische
Fremden-Legion.

Karten Mk. 1.05 und 0.55 nur im Verkehrsbüro Barasch.



Wünschen Sie

Briefe zu diktieren?
Oder Manuskripte sauber
schreiben zu lassen?
Oder schnelle Vervielfältigung von Zirkularen?

Wir bedienen Sie prompt, diskret u. preiswert. 1258

Vermietung von Schreibmaschinen.

Reparaturwerkstätte
für alle Systeme.

Zubehöre für sämtliche Schreibmaschinen.

Smith Premier Typewriter Co.

Breslau, Neue Schweidnitzerstrasse 6.
Telephon 7804.

Das erste Lebensjahr

von Dr. Silberstein.
Kann jeder jungen Mutter zur Anschaffung empfohlen werden.
Preis 20 Pfg.
Zu beziehen durch die Buchhandlung „Volkswacht“.

Ausstellungs-Räume in 6 Etagen!

Möbel-Einrichtungen
in jeder Preislage.

Langjährige Garantie. Billige Preise.

Krimke & Co.,

Neue Graupenstr. 7
am Sonnenplatz

Fortsetzung des Bezugsquellen-Verzeichnis

Waren- u. Kaufhäuser.
Gehr. Barasch, Ring, Schwanitz
und Kottbus.
Reichardt, Schwanitz, Lindenstraße 67.
Sonnabend
Reichardtstraße 117
Eise Levinthal
Reichardtstraße
Nr. 108.
Basar Maritz
Reichardtstraße 10
Friedländer, Jahn, Eisenstr. 33/34.
Kaufhaus am Jahn
Reichardtstr. 47.
Auchmann, Eisenstr. 11.
Reichardtstr. 12.
Reichardtstr. 13.
Wollwaren
Eisenstr. 18.
Reichardtstr. 23.
Reichardtstr. 132.
Wäsche, Trikotagen
Reichardtstr. 21.
Reichardtstr. 22.
Reichardtstr. 23
Reichardtstr. 24.
Hausmacher Fr.
Reichardtstr. 25.
Reichardtstr. 26.
Reichardtstr. 27.

Reinelt, C. A.
Reichardtstr. 28.
Reichardtstr. 29.
Reichardtstr. 30.
Verkauf, Baumaterialien
Reichardtstr. 31.
Friedrich, Gehr.
Reichardtstr. 32.
Reichardtstr. 33.
Reichardtstr. 34.
Wäsche- und Wollwaren
Reichardtstr. 35.
Reichardtstr. 36.
Reichardtstr. 37.
Reichardtstr. 38.
Reichardtstr. 39.
Reichardtstr. 40.
Reichardtstr. 41.
Reichardtstr. 42.
Reichardtstr. 43.
Reichardtstr. 44.
Reichardtstr. 45.

Kehler, L.
Reichardtstr. 46.
Reichardtstr. 47.
Reichardtstr. 48.
Reinelt, C. A.
Reichardtstr. 49.
Reichardtstr. 50.
Reichardtstr. 51.
Reichardtstr. 52.
Reichardtstr. 53.
Reichardtstr. 54.
Reichardtstr. 55.
Reichardtstr. 56.
Reichardtstr. 57.
Reichardtstr. 58.
Reichardtstr. 59.
Reichardtstr. 60.

Zahn-Ateliers
Reichardtstr. 61.
Reichardtstr. 62.
Reichardtstr. 63.
Reichardtstr. 64.
Reichardtstr. 65.
Reichardtstr. 66.
Reichardtstr. 67.
Reichardtstr. 68.
Reichardtstr. 69.
Reichardtstr. 70.
Zigaretten u. Zigaretten
Reichardtstr. 71.
Reichardtstr. 72.
Reichardtstr. 73.
Reichardtstr. 74.
Reichardtstr. 75.
Reichardtstr. 76.
Reichardtstr. 77.
Reichardtstr. 78.
Reichardtstr. 79.
Reichardtstr. 80.

Reichardtstr. 81.
Reichardtstr. 82.
Reichardtstr. 83.
Reichardtstr. 84.
Reichardtstr. 85.
Reichardtstr. 86.
Reichardtstr. 87.
Reichardtstr. 88.
Reichardtstr. 89.
Reichardtstr. 90.
Ormanda-Zigaretten
Reichardtstr. 91.
Reichardtstr. 92.
Reichardtstr. 93.
Reichardtstr. 94.
Reichardtstr. 95.
Reichardtstr. 96.
Reichardtstr. 97.
Reichardtstr. 98.
Reichardtstr. 99.
Reichardtstr. 100.

Reichardtstr. 101.
Reichardtstr. 102.
Reichardtstr. 103.
Reichardtstr. 104.
Reichardtstr. 105.
Reichardtstr. 106.
Reichardtstr. 107.
Reichardtstr. 108.
Reichardtstr. 109.
Reichardtstr. 110.
Okassa Zarrolo Haloppi 3
Reichardtstr. 111.
Reichardtstr. 112.
Reichardtstr. 113.
Reichardtstr. 114.
Reichardtstr. 115.
Reichardtstr. 116.
Reichardtstr. 117.
Reichardtstr. 118.
Reichardtstr. 119.
Reichardtstr. 120.

1. Beilage zu Nr. 71 der „Volkswacht“

Freitag, den 24. März 1911.

Arbeiterbewegung.

Tarifbewegung im Holzgewerbe.

aus Berlin wird uns geschrieben:
Durch die Verhandlungen der zentralen Schlichtungskommission, die die ganze letzte Woche andauerten, ist die Bewegung im großen und ganzen jetzt zum Abschluß gebracht. Zwar steht die Zustimmung einer Anzahl Dispartei zu den Verhandlungsergebnissen noch aus, doch dürften sich erhebliche Schwierigkeiten kaum noch ergeben. Nur in den Orten S n a b r i c k, L i e g n i t z und H i n t e r w a l d e haben weitere Verhandlungen nicht mehr stattgefunden und gelten diese drei Orte als nicht erledigt. In S n a b r i c k hat die größte Firma einen Vertrag mit dem Holzarbeiterverband abgeschlossen, aber mit dem Arbeitnehmer-Verband abgelehnt, so zu seinem Vertragsabschluß, weshalb in einer Anzahl Werkstätten die Arbeit eingestellt und in anderen die Kündigung eingereicht wurde.
Für P o s e n konnte eine Verständigung zwischen den Vertretern der Dispartei nicht erzielt werden. Es wurde deshalb vereinbart, die Verhandlungen am Orte selbst fortzuführen. Da auch diese resultatlos blieben, wurde vereinbart, vor dem Gewerbeamt weiter zu verhandeln, wo es denn auch zu einer Verständigung kam. Die Stundenlöhne erhöhen sich sofort um 2 Pfg. und steigen während der Vertragsdauer um insgesamt 7 Pfg. Der Mindestlohn wird jetzt von 37 auf 40 Pfg. erhöht und steigt im Laufe der Vertragsperiode auf 45 Pfg. Die Arbeitszeit erhöhen sich sofort um 6 Prozent, ab 1. April 1911 um weitere 6 Prozent. Die Arbeitszeit wird während der Dauer des Vertrages von 56 auf 51 Stunden wöchentlich verkürzt.

Das Gesamtergebnis der Tarifbewegung stellt sich jetzt wie folgt: Es wurden erreicht für Aachen 7 Pfg. Lohnerhöhung und 3 Stunden Arbeitszeitverkürzung, für Bremen 6 Pfg. Lohnerhöhung und 1 Stunde Arbeitszeitverkürzung (auf 52 Stunden pro Woche), für Breslau 6 Pfg. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 53 auf 52 Stunden pro Woche, für Chemnitz 7 Pfg. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 55 auf 53 Stunden pro Woche, für Elmold 6 Pfg. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 55 auf 51 Stunden pro Woche; für Eisenach 6 Pfg. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 57 auf 55 Stunden pro Woche; für Elberfeld 6 Pfg. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 51 auf 53 Stunden pro Woche; für Elbing 6 Pfg. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 57 auf 55 Stunden pro Woche; für Forst 5 Pfg. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 55 auf 53 Stunden, für Frelmicht 4 Pfg. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 51 auf 53 Stunden; für Herford 6 Pfg. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 55 auf 51 Stunden; für Jena 6 Pfg. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 55 auf 53 Stunden; für Kalkheim (wegen der Vorlage der Kommission anerkannt wird) 6 Pfg. Lohnerhöhung und durch Schlichtung Verkürzung der Arbeitszeit von 57 auf 55 Stunden; für Kirchheim 6 Pfg. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 56 auf 51 Stunden; für Neumünster 6 Pfg. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 56 auf 51 Stunden; für Posen 7 Pfg. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 56 auf 51 Stunden; für Stralsund 4 Pfg. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 55 auf 56 Stunden; für Stuttgart 7 Pfg. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 53 auf 52 Stunden, und für Weinmünde 6 Pfg. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 59 auf 57 Stunden.

In S a m b u r g, wo die Unternehmer bekanntlich im vorigen Jahre aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten sind, scheint es zu größeren Kämpfen kommen zu sollen, und zwar weil der örtliche Arbeitgeberverband den vom Holzarbeiterverband und der Innung gemeinsam erlassenen paritätischen Arbeitsnachweis nicht anerkennen will. Ueber die Lohnfrage ist man sich ziemlich einig. Die Arbeitgeber haben jedoch sämtliche Zugeständnisse zurückgezogen und die Verhandlungen abgebrochen, worauf dann am Montag in zehn Betrieben 300 Arbeiter die Arbeit einstellten.

Die zentralen Tarifverhandlungen im Schneidergewerbe beginnen am Freitag, den 24. März, Morgens 8 Uhr, in Frankfurt a. M. Davon werden aus ca. 50 Orten mindestens hundert Vertreter der Unternehmer und hundert Vertreter der Arbeiter teilnehmen. Es ist der letzte Versuch, je nach den örtlich geführten Verhandlungen gebliebene Differenzen mit Hilfe der Hauptvorstände auszugleichen, um Streiks und Ausverrentungen von größerem Umfange zu verhüten. Erreicht wurde eine Lohnhöhung von 5 Prozent.

Streik der Maschinisten im Eisen- und Stahlwerk „Union“ in Dortmund. Mittwochs früh haben bei der Dortmunder „Union“, einem Werk, das 7000 Arbeiter beschäftigt, sämtliche Eisener, Maschinisten und das Kesselpersonal die Arbeit niedergelegt, sobald der ganze Betrieb ruhen muß. Die Arbeitseinstellung erfolgte, weil die Direktoren die Lohnforderungen der Arbeiter ablehnte. Die Christlichen haben Streikbruch proklamiert, es sind jedoch nur 4 in dem Betriebe beschäftigt. Die Streikenden sind zu 98 Prozent freigeordnet.

Achtung, Steinarbeiter! In Weimar b. Kassel hat die Firma Bauh u. Co. 400 Arbeiter ausgesperrt, weil diese durch eine Kommission die Wiedererrichtung der entlassenen Vertrauensleute der Delegation verlangten.

Lohnbewegung im Köfner Zimmerergewerbe. Der für das Köfner Zimmerergewerbe im Jahre 1907 abgeschlossene Lohn- und Arbeitsvertrag ist bereits am 31. Dezember 1910 abgelaufen. Mehrfach haben Verhandlungen zwecks Neuentzung des Vertrags stattgefunden. In einer dieser Sitzungen einigten sich die beiderseitigen Vertreter auf bestimmte Vorschläge, welche auch von den Organisationsvereinigungen der Zimmerer akzeptiert wurden, jedoch stimmte die Innungsversammlung diese von ihren eigenen Kommissionsmitgliedern gemachten Einigungsanträge nicht. Alle weiteren Verhandlungen, die Lohnbewegung auf dem Wege der Verhandlungen zu beenden, scheiterten an dem Starrsinn der Innungmeister. Auch bei den am Montag, den 20. März, stattgefundenen Verhandlungen konnte trotz größter Entgegenkommen der Organisationsvereinigungen nicht erzielt werden, so daß den Zimmerern nichts anderes übrig blieb, als durch Arbeitsniederlegung ihre Forderungen zu vergrößern und die Lohnbewegung auf dem Wege der Verhandlungen zu beenden. Es wird dringend ersucht, den Bezug von Zimmerern nach Köln und Umgegend festzuhalten.

Ein Sieg der freigeordneten Handlungsgehilfen über die Demokrational-Christlichsozialen in Wien zu verzeichnen. Dort liegt bei den Handlungsgehilfen-Wahlen der Sozialist List mit 1174 Stimmen über seinen nationalen Gegner, der nur 5166 Stimmen davonzug.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 23. März.

Geschichtskalender.

24. März.

1834 William Morris, der englische Sozialist und Kunstschaffner.

Neu immer Treu und Redlichkeit.

Die Vertreter des Zentrums leisten sich gelegentlich geradezu halsbrecherische Kunststücke, um der Wahrheit ein Schnippen zu schlagen. Am Montag donnerte Herr Gieseler im Reichstage gegen die Abmonnenversicherung, und ein paar Monate früher hat er diese Versicherung in — seinem eigenen Blatt in Essen eingeführt.

Eine ähnliche Zweideutigkeit leistet sich Herr Dr. Herschel gegenüber dem sozialdemokratischen Antrag auf kommunale Arbeitslosenversicherung. Weil wir der Klage die Schelle angehängt und keine mehr als eigentümliche Stellungnahme zur Arbeitslosenversicherung in der Sonntagabend-Nummer der „Volkswacht“ scharf gezeigelt haben, erhebt genanteter Herr in der „Volkzeitung“ bittere Beschwerden über unsere Kampfesweise. Bekanntlich besteht das Bestreben der Herren vom Zentrum darin, der Arbeitslosenversicherung eine platonische Liebeserklärung zu machen, dann aber die „unüberwindlichen Schwierigkeiten“ dieses „finanziellen Experiments“ in den krafftesten Farben zu malen. Auch diesmal faßt der genantete Herr sein Urteil über unseren Vorschlag in folgende Worte zusammen:

„Nach den bisherigen schlechten Erfahrungen anderer Städte wäre aber ein finanzielles Experiment von solcher Tragweite ohne Berücksichtigung der erheblichen Bedenken geradezu ein Verbrechen, das den Arbeitslosen selbst keinen dauernden Gewinn brächte.“

Mit Verlaub — hier wird nur kritisch nachgeplappert, was der Oberbürgermeister im Stadtparlament an Bedenken vorbrachte. Es wird sich während der Spezialberatung der Vorlage Gelegenheit bieten, alle diese Schwierigkeiten und Bedenken — gewiß sind solche zu überwinden — im einzelnen durchzusprechen. Um aber zu beweisen, daß die Haltung des Zentrums zu dieser Frage in Wirklichkeit zweideutig und doppelzünftig ist, stellen wir der obigen Behauptung von den „schlechten Erfahrungen“ die Tatsachen gegenüber, die zwei andere liberale Kommunalpolitiker, die Herren T r i m b o r n und T h i s s e n, in ihrem Werke über „Soziale Tätigkeit

der Stadtgemeinden“ den kommunalen Vertretungen geben. Es heißt da im allgemeinen Teile:

„Schon durch den gut organisierten Arbeitsnachweis kann der von Zeit zu Zeit, insbesondere im Winter fast regelmäßig auftretenden Arbeitslosigkeit in etwas vorgebeugt werden, da durch denselben eine bessere Ausnutzung aller vorhandenen Arbeitsgelegenheit bewirkt wird. Das genügt indes keineswegs. Arbeit schaffen kann der Arbeitsnachweis nicht. Woher soll aber der Arbeitslose die Gelegenheit nehmen, seinen Unterhalt zu verdienen, um mit seiner Familie wenigstens entgernermaßen vor dem Hunger zu bleiben, wenn nicht die Gemeinde und in erster Linie als ihre Vertreterin die Gemeinde ihm diese Gelegenheit schafft? Dazu kommt, daß namentlich die größeren Gemeinwesen, die Mittelpunkte von Industrie und Handel, durch Heranziehung der Arbeitermassen das Problem der Arbeitslosigkeit selbst mit verursacht haben und daher um so mehr berufen sind, an der Bekämpfung dieses Uebels mitzuwirken. Diese Fürsorge muß die Gemeinde in gewissem Umfange als ihre soziale Pflicht anerkennen, jedenfalls gegenüber demjenigen Arbeitslosen, die infolge der Ungunst der wirtschaftlichen Konjunktur oder aber infolge der eigenartigen Beschaffenheit des Gewerbes (Saisonarbeiten) arbeitslos geworden sind, und die nicht in der Lage waren, anseits die Zeit der Arbeitslosigkeit vorher vorzusehen, andererseits von ihrem Verdienste die für die arbeitslose Zeit nötigen Rücklagen zu machen.“

Solche unverschuldet Arbeitslosigen dürfen nicht auf die Armenpflege in der einen oder anderen Form verwiesen werden; von manchen anderen Gründen abgesehen, haben sie schon wegen der politischen Nachteile der Armenpflege berechtigten Anspruch auf eine bessere Art der Fürsorge; Anspruch darauf, daß ihnen, soweit irgend möglich, Arbeitsgelegenheit beschafft wird.“

In dem speziellen Teile über Arbeitslosenversicherung heißt es dann:

„Zur gründlichen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit können freilich Notstandsarbeiten niemals ausreichen, schon weil immer noch viele Arbeitslose übrigbleiben werden, für die überhaupt keine oder keine passende Beschäftigung beschafft werden kann. Daß hier eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit ergänzend eintreten müßte, darüber sind sich die Sozialpolitiker so ziemlich einig. Die Vorschläge über die Art einer solchen Versicherung gehen freilich noch sehr auseinander. Wie aber auch dieses Problem gelöst wird, jedenfalls wird eine Mitwirkung der Gemeinden in größerem oder geringerem Umfange erforderlich sein.“

Nachdem dann die verschiedenen Systeme der kommunalen Arbeitslosenversicherung geschildert, ihre Mängel besprochen und die Vorschläge zur Behebung von Schwierigkeiten gemacht sind, heißt es wörtlich:

„Im übrigen ist nicht zu verkennen, daß beide Systeme, das Centre wie das Köfner, erhebliche Mängel haben und daß eine allgemeine reichsgesetzliche oder, da hieran zur Zeit gar nicht zu denken ist, eine kommunale Arbeitslosenversicherung mit Versicherungszwang für jeden ansässigen Arbeiter — zu dessen Einführung erst durch Reichsgesetz den Gemeinden die Befugnis erteilt werden müßte — vorzuziehen sein würde. Neue Einrichtungen stellen aber doch den alten Werte vorarbeiten für eine umfassendere Arbeitslosenversicherung dar. Je mehr Gemeinden auf diesem Gebiete praktisch vorgehen, um so eher dürfte auch der Boden für eine Zwangsversicherung geebnet werden. Die kommunalverwaltungen sollten daher daher nicht auf ein Gesetz warten, sondern eublich zu Taten schreiten. Zu diesem Zwecke dürfte sich wohl eine Art von Verbindung des Straßburger und des Köfner Systems empfehlen; auf diese Weise würde dem organisierten wie den nichtorganisierten Arbeitern Hilfe geboten, letzteren freilich einzuweisen nur, soweit sie von den freiwilligen Versicherungen Gebrauch machen. Aber es erscheint doch besser, wenigstens einmal mit einer fakultativen Versicherung den Anfang zu machen, als vielleicht noch jahrelang auf die Möglichkeit einer obligatorischen zu warten.“

Eine Verbindung des Straßburger und des Centre Systems — das ist gerade das, was die sozialdemokratischen Stadtverordneten in Breslau vorgeschlagen haben. Man müßte also annehmen, daß gerade dieser Vorschlag, der sich mit den Wünschen der genannten liberalen Herren deckt, daß er den Beifall unserer christlichen Arbeiterfreunde fände. Aber es scheint auch hier wie anderswärts: auf dem Papier sind die Herren ganz wunderbar sozial und anständig, sobald sie aber an sozialen Taten mitwirken sollen, da wissen sie einer guten Sache so viele

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Körpergröße und Geistesgröße. Man kann oft äußern hören, daß unter den Männern von hoher Statur nur selten Personlichkeiten von hoher geistiger Begabung zu finden seien. Dieser Ansicht huldigt auch Cesare Lombroso, der — selbst ein kleinerer von dem Herrn, in seinem Buche über den „Genio di genio“ geradezu behauptet, daß die wahrhaft talentvollsten und genialen Menschen fast durchweg klein seien; um diese Behauptung zu stützen und zu beweisen, stellt er eine ziemlich lange Liste von Namen fürpeltig kleiner, aber geistig großer Genies auf. Nun hat jedoch der Engländer Charles Cappel Lombrosos Liste einer Nachprüfung unterzogen, und zu diesem Zwecke die Biographien von 230 berühmten Männern studiert. Und seine Forschungen führten zu dem Ergebnis, daß Lombrosos These unmöglich richtig sein könne. Von den 230 Biographien, die er zu Rate zog, enthielten 103 ziemlich genaue Angaben über die Körpergröße der in Betracht kommenden Persönlichkeiten. In einigen war die Statur ziffernmäßig festgesetzt, während in anderen sich nur allgemeine Angaben — „mittlere Statur“, „über mittelgroß“ und ähnliches — befanden. Von den erwähnten 103 Personen waren 16 von mittlerer Statur, 58 direkt groß und nur 29 unter mittelgroß. Es muß allerdings gesagt werden, daß Ausdrücke wie „mittlere Statur“ und ähnliches nicht bei allen Biographien dieselbe Bedeutung haben; was dem einen noch ziemlich groß dünkt, hält ein anderer vielleicht schon für klein. Um eine einheitliche Klassifikation zu ermöglichen, hat Cappel eine Körpergröße von 1,70 Meter als „mittlere Statur“ angenommen. Unter den berühmten und hervorragenden Männern, die eine Körpergröße von 1,82 Meter und mehr hatten, sind zu nennen: Bismarck, Goethe, der Weltumsegler Cook, der amerikanische Dichter Walt Whitman, Alexander Dumas Vater, Charles Darwin, Alfred Tennyson, George Washington, Thomas Jefferson und Andrew Jackson. Von weniger imponierender Statur waren Benjamin Franklin, John Ruskin, Robert Louis Stevenson, General Gordon und der Schachspieler Washington Irving. Zu der Kategorie der Männer von mittlerer Statur gehörten Robert Browning, Lord Palmerston, der Herzog von

Wellington, Wilhelm der Schweigame, Arthur Sullivan, Thomas Carlyle, Admiral Nelson, Franz Schubert, General Grant, Thomas Morris und der Dichter Dante Gabriel Rossetti. Von unter mittelgroßer Statur waren Beethoven, der Dichter John Keats, der Dichter Swinburne und der Maler Whistler. Unter den ganz kleinen großen Männern finden wir Andrew Carnegie, Chaucer, Zhen, Charles Lamb, Napoleon Bonaparte, Macaulay, Milton, Thomas Moore, Pope, Robespierre, Savonarola, Chopin, Michelangelo, Tolstoj und Menzel.

Die Europäer und Mischlinge in den Tropen. Es gibt geschichtliche Beweise dafür, daß in Nordafrika wiederholt hellfarbige Europäer eindringen, aber sich dort nicht einzuleben vermochten. In Palästina soll es ebenfalls viele Blände gegeben haben, jetzt sind sie verschwunden. Nach Hindien drangen Jahrtausende vor unserer Zeitrechnung die „Arier“ ein, ein Zweig der europäischen Menschenform. Auch heute ist ihre Ausbreitung nicht ganz vollzogen, doch schreibt sie unaufhaltsam weiter. Auf Ceylon ist keine Spur der Holländer verblieben. In Westindien, Mexiko, Mittel- und Südamerika repräsentieren die Nachkommen der europäischen Einwanderer einen fortwährend abnehmenden Teil der Bevölkerung. Am schlagendsten erscheinen aber für die Frage, ob Europäer sich in den Tropen auf die Dauer akklimatisieren können, die Erfahrungen der Neuzeit. Ganz Sehlinger, der sie in der „Polit-Anthropologie“ zusammenstellt und untersucht, kommt zum Resultat, daß sich die europäische Bevölkerung in den Tropen auf längere Epochen überhaupt nicht halten kann. Aber auch die Mischlingsrassen, die als Ertrag für Europäer die Befestigung und Erschließung tropischer Länder unternehmen konnten, sind auf die Dauer nicht lebensfähig. Vor allem sind sie biologisch minderwertig, da ihre Fruchtbarkeit gering ist und sichtlich im Verlauf einiger Generationen sterilität eintritt. Holländer-Malaien-Mischlinge auf Java und Sumatra sind in der dritten Generation fast. In Indien sind die „Garafer“ Schwächlinge und kommen im Mulatten von Negerinnen und Französischen oder spanischen Müttern erhalten sich am längsten, aber schließlich sterben sie aus. Mischlinge von Japanern und Aino oder Chinesen sind in der Regel unfruchtbar. Die spanischen Mischlinge auf den

Philippinen sind eine dem Untergange geweihte Bastardrasse. So werden die braunen Rassen, die heute die Tropen bewohnen, nie daraus verdrängt werden können, sondern in ihrem Besitz bleiben. Die Europäer können sie nicht verdrängen, weil die, welche den Versuch machen, selbst vernichtet werden. Neben dem weiten Gebieten Nordafrikens und Nordamerikas kommen noch Australien, Südafrika, das australische Südpazifik und kleine Hochlandgebiete als Kolonisationsgebiete für die europäische Menschform in Betracht, obgleich auch von Australien berichtet wird, daß dort ansässige Familien englischen Stammes in weniger Generationen degenerieren, wenn nicht Vermischung mit neuzugezogenen Volksgenossen stattfindet.

Aus aller Welt.

Bestrafte Junggesellen. Schon in früheren Jahrhunderten haben die Franzosen, die nach den Ergebnissen ihrer letzten Volkszählung voll Kommer ein festes Abnehmen ihrer Geburtenziffer feststellen wollten, sich mit dem Problem beschäftigt, die Geburtenziffer zu erleichtern, um damit auch mittelbar die Bevölkerungszunahme zu begünstigen. Bereits im 18. Jahrhundert witterten die Philosophen gegen die Junggesellen und vor allem gegen das kirchliche Jährling; d'Argenson schlug vor, die freie Liebe zur staatlich genehmigten Einrichtung zu erheben, und der Marschall von Sachsen trat sogar für die Ehe von begrenzter Dauer ein. Man sollte auf fünf Jahre betreiben und dann einfach wieder auseinandergehen. Wilam beauftragte die Abschaffung der Wittig, weil in Ländern ohne Wittig die Heirat häufiger sei. Die Revolution erklärte dann das Jährling für ein Kapitalverbrechen, jeder Junggeselle sollte mit einer vierfachen Steuer belegt werden. Staat und Gesellschaft sollten die kirchlichen Einflüsse beseitigen und jedenfalls von allen Zensuren annehmen. Das Jährling sollte sogar vor die Junggesellen in eine einheitliche Uniform zu stellen. Wer bis zu einem gewissen Alter nicht verheiratet war, sollte nur noch gelbbraune Kleider tragen dürfen, die außerdem noch durch eine gelbe Krawatte gekennzeichnet werden sollten. Handelte es sich um ein reines Mädchen, so sollte eine rote Krawatte annehmen, das es auf der Welt sein sollte.

Neueste Nachrichten.

Die Sozialdemokratie an erster Stelle.

Leipzig, 23. März. Für den verstorbenen konservativen Abgeordneten Dürer wurde gestern in dem Landtagswahlkreis Leipzig-Land die Ersatzwahl vorgenommen. Sozialdemokrat Müller erhielt 4300, der Konservative Keller 2600, der Nationalliberale Hager 2200 und der Freisinnige Dr. Schubert 1700 Stimmen. Es ist demnach Stichwahl zwischen dem Sozialdemokraten und dem Konservativen erforderlich.

Die Sozialdemokratie steht trotz des Wunsches an erster Stelle.

2000 Mark Belohnung für Ergreifung der Mörderpolizisten!

Berlin, 23. März. Unter der Überschrift: „Der Mord an dem Arbeiter Herrmann“ veröffentlicht heute der „Vorwärts“ an der Spitze seines Blattes in Sperrdruck einen Aufruf des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei, in dem letzterer mit Bezugnahme auf die beiden letzten großen Mordakte in der Arbeiterbewegung und unter Hinweis auf die Feststellung auf die im ersten Gerichtsurteil angeführten bewiesenen Tatsachen demjenigen 2000 Mark Belohnung zusichert, der dem Vorstande der Partei die beiden Mörderpolizisten, die am 27. September vorigen Jahres den katholischen Arbeiter Herrmann überfielen und ihn derart mit Säbeln mißhandelten, daß der Mann an den Folgen starb, derart namhaft macht, daß ihre strafrechtliche Verfolgung erfolgen kann.

Soldatenui-Handlung.

Berlin, 23. März. Das Oberkriegsgericht des 3. Armeekorps verurteilte gestern den Unteroffizier R. Weidner von der fünften Batterie des Garde-Fußartillerie-Regiments wegen fortgesetzter Mißhandlungen und vorchriftswidriger Behandlung Untergebener zu zehn Tagen Mittelarrest.

Vermißter Aviatiker.

Berlin, 23. März. Zu einem militärischen Erkundungsflug nach gestern Nachmittag um 3 1/4 Uhr der Militäraviatiker Leutnant Förster vom Eisenbahnpolizeiregiment Nr. 1, der zur Versuchabteilung der Verkehrsgruppe kommandiert ist, auf. Der Ausflug erfolgte von Töbinger Schießplatz in einem Farmanzweidecker. Gegen 7/4 Uhr wurde er in einer Höhe von etwa 200 Metern über dem Tegelsee bei Reinickendorf gesehen. Er flog in schönem Flug und ankündete ohne jede Störung rasch dahin. Von diesem Augenblicke an fehlt von dem jungen Aviatiker jede Spur und jede Nachricht. Bis 1 Uhr Nachts war von den Piloten auch nicht das Geringste mehr zu erfahren gewesen. Im Tegelsee war eine Wache installiert worden, bei der etwa einhundert Nachzügler sofort abgegeben werden sollte. Keine, auch nicht die geringste Nachricht ist hier eingetroffen, ob und wann der Aviatiker irgendwo gelandet wäre. Es besteht die Möglichkeit, daß der Aviatiker durch eine Bahn genommen worden ist, in einem der Wälder östlich von Tegel zu landen; doch fehlt hierzu noch jede Bestätigung. Man ist über sein Schicksal in großer Besorgnis.

Vergnüglicher Aviatiker.

Bremen, 23. März. Gestern früh vergnügte auf dem Neuenländer Felde der Aviatiker Müller. Als er nach einem kurzen Flug von Landung schreiten wollte. Er befand sich in einer Höhe von ungefähr 8 Metern, als plötzlich der Abstieg infolge ungeschickten Manövrierens erfolgte. Der Aviatiker brach beide Arme und zog sich, wie der Arzt, der bald zur Stelle war, sofort feststellte, auch schwere innere Verletzungen zu. Der Apparat hat verhältnismäßig wenig Schaden erlitten; der Motor ist ganz geblieben.

Stolypin bleibt!

Petersburg, 23. März. Ministerpräsident Stolypin bleibt! Er hat seine Demission zurückgezogen. Die beiden Reichsratsmitglieder Trepow und Durnovo, deren Intrigen Stolypins Niederlage im Reichsrate einwickeln, sind für künftig gänzlich von den Reichsratsversammlungen ausgeschlossen worden.

Die neue italienische Ministerliste.

Rom, 23. März. „Giornale d'Italia“ veröffentlicht folgende Ministerliste, welche gestern Nachmittag in den Wandelgängen der Kammer bekannt gegeben wurde. Danach übernimmt den Vorschau das Innere Giolitti, das Äußere Belfio, das Kriegsministerium Spigliardi, die Marine Leonardi Cattolica, Justiz Galimberti, Landwirtschaft Rizzo und Vautca Abignenti. Ein Sozialist ist unter den bisher ernannten Ministern also nicht zu finden.

Berjammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Donnerstag, den 23. März: Bäcker. Nachm. 3 Uhr: Öffentliche Versammlung im Saale. Französischer Unterricht. Billardzimmer. Lithographen und Steinbrucker. Versammlung. Zimmer 2. Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2—9 Uhr im Zimmer 7. Sonnabend, den 25. März: Gold- und Silberarbeiter. Vergnügen. Buchbinder-Verband. Abends 8 Uhr: Mitgliederbesammlung. Zimmer 2. Verband der Kupferschmiede. Abends 8 Uhr: Versammlung. Zimmer 3/4. Dienstag, den 4. April: Strzelewicz-Abend.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Volkswacht-Agitation!

Sonntag, den 26. März, findet von dem Lokal-Parkstraße 43 aus eine Agitation für die „Volkswacht“ statt, zu der alle Genossen dringend eingeladen sind. Wir bitten um bestimmtes und pünktliches Erscheinen Morgens 8 Uhr.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land).

Neumarkt.

Landdistrikt 8. (Kleinisch, Maria-Gülden, Al.-Woch-berrn, Germaundorf und Arnoldsmühle. Sonntag, den 26. März, Nachmittags 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung in Schmiedefeld bei Warohe. Die Mitliedsbücher sind mitzubringen.

Landdistrikt 13. Donnerstag, den 23. März, Abends 8 Uhr.

bei Müller in Dittschin: Außerordentliche Mitgliederversammlung. 1. Neuwahl des Distriktsführers. 2. Vereinsangelegenheiten. Keiner fehlt!

Landdistrikt 16. (Stadelwitz, Herrnsproitz, Warsch-witz, Wilgen.)

Sonntag, den 26. März, Nachmittags 3 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Müller in Warschwitz. Die Mitglieds-bücher sind mitzubringen.

Das System Rentenversicherung wurde am Sonnabend wieder einmal durch unseren Vertreter im Reichstage, Genossen Hermann Sachse ausführlich gesehelt. Soweit Schlesien dabei in Betracht kommt, führte unser Redner nach dem stenographischen Bericht folgendes aus:

Meine Herren, geben Sie in die armen Gegenden von Schlesien, gehen Sie in die Arbeiterkolonien dort, gehen Sie zu den Gewerkschaftskartellen dort; da können Sie Klagen über Klagen hören, in welcher Weise das grauenhafte Elend geschilbert wird, wie die Leute arm und elend sind, nur noch ein paar lumpige Pfennige, kann man sagen, verdienen können, und wie sie trotzdem mit ihren Rentenanträgen abgewiesen werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das beweist auch die Statistik, die uns mitgeteilt ist. Dort sind zunächst die Berufungsfähigen Entschiede angegeben. Nun ist es recht auffallend, daß die Festsetzungsbescheide von 87,8 auf 70,2 Prozent zurückgegangen sind; dagegen sind die Entziehungsbefehle von 1533 im Jahre 1900 auf 13.362 im Jahre 1910 angewachsen. Das ist doch gewiß eine ganz ungeheure Steigerung. Lehnlich steht es auch mit den Berufungen. Ich will, indem ich die übrigen Zahlen übergehe, nur die Berufungen angeben, die gegen Entziehungsbefehle eingelegt worden sind. Im Jahre 1901 — aus früheren Jahren wird uns nichts mitgeteilt — sind 1074 Berufungen gegen die Entziehungsbefehle eingelegt, im Jahre 1910 waren es 6111 oder in Prozenten: 1901 39,2 Prozent und 1910 46 Prozent. (Wört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Also hier ist wieder ein ungeheures Anwachsen zu beobachten. Das sind unabweisliche Beweise dafür, daß sich das Verhalten der Versicherungsanstalten gegen die Mitglieder und Rentner ungeheuer verschlechtert hat.

Ganz ebenso liegt es mit den Revisionen. Wenn man die Revisionen näher betrachtet, findet man das selbe Resultat, das ich bezüglich der Berufungen vorgebracht habe. Ich werde hier alle diese Zahlen mitzuteilen, sondern will nur bemerken, daß die Revisionen in Rentenentziehungssachen von 1900 bis 1910 von 81,20 Prozent auf 93,67 Prozent gestiegen sind. Jedenfalls ergibt sich auch aus ihnen, daß die Revisionen, namentlich bei den Rentenentziehungen, besonders stark angewachsen sind. Das ist ein weiterer Beweis für meine obige Behauptung.

Wies das beweist leider, daß jetzt bedeutend rigorosere bei der Rentenbewilligung wie auch bei der Rentenentziehung verfahren wird als früher. Aus diesen Tatsachen heraus möchte ich an die Regierung das Ersuchen richten, nicht noch weiter dazu Veranlassung zu geben, daß die Versicherungsanstalten noch geiziger, wie man zu sagen pflegt, verfahren, und nur auf möglicste Einschränkung der Ausgaben für die Rentner Bedacht nehmen. Genötigt soll nichts verschleudert werden, aber es soll auch nicht bloß auf die Ausgaben Bedacht genommen werden zum Schaden der Versicherten. Im Gegenteil bitte ich die Regierung, ihre Tätigkeit in der Beziehung einzuschränken und nimmere dafür zu sorgen, daß, wenn die Verze die Erwerbsunfähigkeit im Sinne des Gesetzes ausgesprochen haben, nicht nötig gefesselt und gehandelt, sondern den Invalidenrentnern rechtzeitig ihre gehörige Invalidenrente zugesichert wird. Den Renten aber soll man erst recht keine Vorschriften machen, sondern sie sollen nur nach bestem Wissen und Gewissen urteilen, ob Erwerbsunfähigkeit im Sinne des Gesetzes vorliegt.

Trotzdem ich dieselben Anregungen schon vor zwei Jahren gegeben habe, ist die Zahl der Rentenbewilligungen noch weiter heruntergegangen. Und wenn mir die Regierung nicht Glauben schenken sollte, daß in Schlesien große Armut herrscht, darüber herrscht, dann kann sie einmal bei den sogenannten „reicheren Sekretariaten“, die in einigen Orten Schlesiens vorhanden sind, anfragen. Dort wird sie genau dieselben lebhaften Klagen nicht nur über die sehr knappen und knappen Rentenbewilligungen, sondern besonders auch über die unerschütterten Rentenentziehungen hören. Daher sollte die Regierung die Versicherungsanstalten lieber antreiben, bei der Rentenbewilligung nicht mehr so rigoros, sondern gerecht zu verfahren und den arbeitsunfähigen Arbeitern und Arbeiterinnen ihre ohnehin schon sehr knappe Invalidenrente zu bewilligen, so wie sie im Gesetz vorgesehen ist.

Auch bei Beratung der neuen Reichsversicherungsordnung werden wir uns Mühe geben, daß die Renten eher eine Erhöhung erfahren, und wir werden weiter versuchen, Sicherungen zu treffen, daß die Rentenbewilligung nicht mehr so unerschwert eingeschränkt werden kann, wie es heutzutage mit Hilfe der Ärzte und dem Druck der Versicherungsanstalten auf Antrieb des Reichsversicherungsamtes der Fall ist. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Zur Lohnbewegung der Bäcker in Breslau wird uns geschrieben: Der Tarif, auf den sich die Bäckerrinnung beruft, und der angeblich noch auf ein weiteres Jahr laufen soll, ist den Bäckergesellen von der Innung im vorigen Jahre aufgedrängt worden. Nur 60 von 600 bei Innungsmessein beschäftigten Gesellen haben diesem Tarif zugestimmt. Wie in der letzten Innungsversammlung von einem Mitgliede des Gesellenausschusses behauptet wurde, hatten die Bäckermeister den von ihnen selbst ausgearbeiteten Tarif nicht ein.

Der kürzlich von der Lohnkommission an die Innung eingereichte Tarif wurde von der Gesellenschaft einstimmig gut geheißen. Es ist also nur auf Erzwingung des Publikums berechnet, wenn sich die Innung auf einen im vorigen Jahre abgeschlossenen Tarif beruft.

Der Hofenrod hat nun auch in Breslau zu einem der Aufzichte geführt, bei denen meistens Leute beteiligt sind, die alles Neue verwundernd anfangen und sich vor lauter Neugierde nicht zu helfen wissen. Es wird darüber berichtet: Das Ereignis trug sich Dienstag Abend zu. Der Schauplatz war die Ede Orlauerstraße und Ring. Dort tauchten plötzlich zwei junge Damen auf, von denen die eine einen „Hofenrod“ trug. Da zudem der Kopfbau der beiden, der Extravaganz der übrigen Kleidung entspricht, waren sie im Augenblicke von einer ansehnlichen Menge umgeben, die etwas von der neuen Mode sehen wollte, um dann mit mehr oder weniger Fortschritt ihre Meinung zu äußern. Die schau- und sportlustige Menge schwall zwischen immer mehr an und der „Hofenrod“ wäre den beiden Damen — wie es hieß, Tänzerinnen eines hiesigen Varietes — vielleicht verhängnisvoll geworden, wenn sie sich nicht entschlossen hätten, zu fliehen. Sie verschwanden im Laden eines Blumen-geschäfts in der „Goldenen Krone“. Sofort belagerte die Menge die Eingangstür, und besonders interessierte brachten der neuen Mode sogar Opfer, indem sie gleichfalls den Laden betreten und sich durch keine Einkäufe einen besseren Zuschauersplatz für den Anblick des „Hofenrods“ sicherten. Schließlich war der Laden mit solchen „Kunden“ bis an die Tür gefüllt, so daß sie abgeköpft werden mußte. Draußen aber, vor dem Eingange und dem Schaufenster, staute sich die Menge, die sogar über den Hofenrod hinaufreichte und den Strassenverkehr hinderte. Schutzleute mußten einschreiten und die Masse zerteilen. Die unfreiwilligen Antistatinnen des Aufstaus wurden währenddessen in aller Gemächlichkeit hinterherum über Hof und Keller nach dem Sektensaal des Grundstücks geleitet, in dem sich ein Automatensaal befindet. Hier war eine Droßge hinbeordert worden, die an das Aufhängesystem nicht hatte heran-kommen können. Durch den Automaten erreichten die beiden Heldinnen des Abenteuers in eiliger Flucht wieder die Straße und die Droßge, mit der sie scheunhaft von dannen fuhren. Die Menge zerstreute sich allmählich und damit war die Bres-lauer „Hofenrod-Affäre“ zu Ende.

Bräusebad in der Scheiniger Vorstadt. Der Süden, der Westen und die Oberstadt haben ihr Bräusebad, aber in der großen Scheiniger Vorstadt ist keine solche Badegelegenheit vorhanden. Die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordneten-Versammlung hat deshalb zum Etat der städtischen Bräusebäder beantragt, recht bald auch in der Scheiniger Vorstadt ein Bräusebad zu errichten.

Konsum- und Sparverein Vorwärts. Heute Abend 8 Uhr in der „Deutschen Krone“, Weinstraße 53/55, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Konsumanten-Organisation und Eigenproduktion. Referent: Genosse Fr. Schlegel. 2. Unterer Bezirks-einzelung und die Wahl der Bezirkskommissionen. Mit dieser Versammlung ist eine Ausstellung sämtlicher G. G. (Groß-Einkaufs-Gesellschaften) Artikel verbunden. Außerdem liegen Anteilscheine zum Grundstücksfonds von 10, 25, 50 und 100 Mk. aus. Wer also zugehen will, hat dazu in den Versammlungen die beste Gelegenheit.

Die Ein- und Verkaufsgenossenschaft Breslauer Papier- und Schreibwarenhandler (G. G. m. b. H.) hielt am Mittwoch, den 15. März, im Kasino Neue Gasse 22, ihre erste ordentliche General-Versammlung ab, zu der fast alle Mitglieder erschienen waren. Aus dem ausführlichen Jahresbericht war zu ersehen, daß die Genossenschaft stetig zunimmt und die Warenentnahme in letzter Zeit erfreulich gestiegen ist. Bei der Neuwahl des Vorstandes und der Ergänzungswahl des Aufsichtsrates wurde Herr Bruno Heimann als Vorsitzender gewählt.

Das Opfer der Arbeit in der Schwefelsäure- und Düngersabrik von Schöder u. Beyhold in Cosel bei Breslau, der Arbeiter Otto Wittke, wird heute Nachmittag um 4 Uhr beerdigt. Es wird uns noch mitgeteilt, daß die Leiche vom Sonntag Vormittag bis Dienstag Abend in einem Schuppen der Fabrik ohne Sorg geliegen hat. Man schaffte sie dann auf einer Bahre in die Leichenhalle des Gemeindefriedhofs; der Sarg war aber noch nicht beigesetzt worden. Die Mitarbeiter des Verunfallten, die sich an der Beerdigung beteiligen wollen, mußten Mittwoch bis Nachts um 12 Uhr arbeiten. Der Direktor der Fabrik Schöder u. Beyhold ist Herr Scholz, der früher Amtsvorsteher von Cosel war.

Die Arbeitsverhältnisse im Kohler-Speditions-geschäft von Paul Semper, Neue Lorenzstraße 53, haben wir in der „Volkswacht“ vom 16. März besprochen. Herr Semper bestritt nun, daß er den Knüschern und Arbeitern eine 13 bis 15 stündige Arbeitszeit zumutet; auch verlange er keine Nacharbeit. Die Arbeitszeit betrage in der Regel täglich zehn Stunden. Herr Semper erklärt ferner, keinen Arbeiter wegen Verweigerung von Nacharbeit entlassen zu haben. Die beteiligten Arbeiter halten die Angaben über die Arbeitszeit bei der Firma Semper aufrecht.

Von der Breslauer Gewerbe-Inspektion. Der Gewerbe-Rat Peter sen in Breslau wird am 1. April nach Berlin versetzt. Herr Peter sen hatte auch für die Beschwerden der Arbeiter fleißig ein offenes Ohr.

Händler und Hausierer! Donnerstag, den 23. März, Abends 8 Uhr: Öffentliche Versammlung der Händler und Hausierer Breslaus im Roten Löwen, Kupferstraße 21. Tagesordnung: 1. Vortrag des Arbeiters Felix Veltter über das Thema: Die Bedeutung der Polizeivorkaufsstellen für Händler und Hausierer. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Alle Händler und Hausierer sind eingeladen.

Nachung, Böttcher! Donnerstag, den 23. März, Abends 7 1/2 Uhr, findet im Zimmer 1 des Gewerkschaftshauses eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung statt. Tagesordnung: Die Massregelung in der Faschandlung bei Witt auf der Michaelisstraße. Die Dreibeckverwaltung.

Der Quartett-Gesangverein „Sieberhorst“ veranstaltet Sonntag, den 26. März einen „Kuffigen Abend“ im Gewerkschaftshaus. Unter den bekannten Liedern „Glimmblumen“ und „Kodens-typhen“ weist das Programm noch mehrere lustige Quartetts und Solofachen an. Zum Schluß wird ein Gesamtspiel „Die Spritzen-protze zu Schiba“ aufgeführt. Darauf folgt ein Tanzabend. Programme zu dem billigen Preise von 1/2 Pf. sind im Gewerkschaftshaus, im Vereinslokal „Goldener Schwan“, Kupferstraße 22/23, und bei allen Mitgliedern zu haben. Für besseren Ueberblick werden an der Kasse Reduzierte zum Preise von 5 Pf. das Stück ausgegeben.

Lieblichs Clubflement. Das bereits angekündigte Gastspiel der Frau Karla Mayerhofer-Brod (ehemaliges Mitglied der Breslauer Vereinigten Theater) nimmt Freitag, den 24. März, seinen Anfang.

Opfer einer Spiritus-Explosion. Die durch eine Spiritus-Explosion verunglückte 64 Jahre alte Frau Anna Döhrer ist gestern Nachmittag im Allgemeinhospital gestorben.

Durch abstrahierenden Bus verletzt. Am Dienstag fiel von dem Dach eines Hauses auf der Kohlenstraße ein Stück Putz auf die Straße herab und traf einen gerade vorübergehenden Kellner am Kopfe; der Mann trug eine bedeutende Wunde davon.

Schwerer Straßensunfall. Ein Schlosserlehrling fuhr am Dienstag mit seinem Rade an ein Gelände des Kießlingischen Bierverlages an, wurde vom Hinterrade erfaßt und zu Boden geworfen. Er erlitt eine Quetschung des linken Knies, die seine Aufnahme in das Allgemeinhospital nötig machte.

Von Radfahrern umgefahren. Auf dem Königsplatze wurde am Dienstag ein Arbeitsmädchen von einem Radfahrer umgefahren und erlitt eine schwere Verletzung am linken Fuß; es konnte nicht weitergehen und wurde im Krankenwagen nach dem Allgemeinhospital gebracht. — An demselben Tage wurde auf der Nikolaistraße ein 6-jähriges Mädchen von einem Radfahrer umgefahren; es stürzte auf die Straße und blutete aus Nase und Mund.

Staubbrand. Mittwoch Abend kurz nach 10 Uhr wurde die Feuerwehre nach Wälselstraße 14 gerufen. Dort war in einer Wohnung die wertvolle Golaberlebung eines Kimins in Brand geraten. Trotzdem daß Feuer schon vor Ankunft der Feuerwehre gelöscht werden konnte, hatten die Diannaschaften der Feuerwehre eine gute Stunde mit den Aufbaumensarbeiten zu tun.

Kindertagenabstahl. Vor einigen Tagen wurde in der Feldstraße am Clausen-Denkmal ein Kinderpostwagen gestohlen, der mit einem Rentner Kofbe beladen war.

Vertümmertes Schaufenster. Als am Dienstag auf der Köhnenstraße ein Wägelwagen vor dem Laden der Firma Weigent u. Comp. hielt, machten die Pferde in einem unbedachten Augenblicke plötzlich einen Lech vor dem Schaufenster, stießen mit der Deibel in die Schaufensterheibe, die in Trümmer ging.

Der Schlafstellenvermieter, der, wie gemeldet, als Schlafstellenvermieter auftritt die Vermieterin unter irgend einem Vorwande auf einen Augenblick fortzuführen will, um dann ein Paar Stiefel oder Schuhe zu stehlen, treibt sein Unwesen noch immer weiter. Insofern täglich mehrere Fälle bei der Polizei gemeldet werden. Die Zimmer- und Schlafstellenvermieter werden deshalb nochmals dringend gewarnt.

Wem gehören die Sachen? Bei einem Bahnarbeiter in der Köhnenstraße wurden vor einigen Tagen ein Verrennzeug und ein Damentasche eingestellt und nicht mehr abgeholt. Der Eigentümer dieser Sachen, die vermutlich von einem Diebstahl herrühren, wird ersucht, sich im Zimmer 56 des Polizeipräsidiums zu melden.

Im Schweidnitzer Keller ist am 11. März, Abends, einem jungen Mann der Ueberzieher gefohlen worden. Es gelang inzwischen den Dieb festzunehmen. Der Diebstahl kann seiner Ueberzieher im Polizeipräsidium, Zimmer 51, abholen.

Zwei Wappenschilder von Glas sind in der Nacht zum 18. d. Mts. von dem Hause Neue Talchstraße 18 gestohlen worden.

Gefunden wurden eine goldene Damenuhr, Nr. 164512, zwei goldene Fingerringe, eine weiße Nachtlade, eine braune Tasche, enthaltend Waschkittel und ein schwarzer Damenschirm.

Wasserstands-Nachrichten der Ober.

Table with columns: Station, Datum, Pegel, etc. containing water level data for various stations.

Advertisement for Otto Böttche, a member of the German Transport Workers' Association, with contact information and a small table of data.

2. Beilage zu Nr. 71 der „Volkswacht“

Freitag, den 24. März 1911.

Deutscher Reichstag.

154. Sitzung. Mittwoch, den 22. März, Vormittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Delbrück.

Die Witwen- und Waisen-Versicherung.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung des Gesetzentwurfs betreffs § 15 des Sozialversicherungsgesetzes (Verschiebung der Hinterbliebenen-Versicherung bis zum 1. Januar 1912).

Abg. Dove (Sp.): Ich lege Bewahrung ein, gegen die gestrigen Vorwürfe des Staatssekretärs, die Freisinnigen würden darauf hin, daß die Session ergebnislos verlaufe; seine Freunde beteiligten sich energisch an allen Arbeiten. Am eventuellen Scheitern der Reichsversicherungs-Ordinung ist die Regierung schuld, die nicht weit genug Fühlung mit den Parteien genommen hat. Allgemein macht sich eine Verdrossenheit bemerkbar; daß die Freunde am Parlamentarismus nicht groß ist, zeigte gestern auch die Jubiläumsschleife des Reichstages (Seiterteil), der Rückblick auf die 40jährige Tätigkeit des Reichstages war lediglich kalkulatorisch. (Erneute Seiterteil.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Gerade mit Herrn Mugdan ist über die Reichsversicherungsordnung schon im letzten Winter verhandelt worden. (Hört, hört! rechts.) Gerade mit seiner Partei hat also die Regierung früh genug Fühlung genommen.

Abg. Dr. Mugdan: Seleantliche Unterredungen hat der Staatssekretär mit mir gehabt, das ist ab: ein Büchlingstücken mit einer Partei.

Die Debatte schließt, der Gesetzentwurf wird gegen die Stimmen der Freisinnigen, Sozialdemokraten und Polen angenommen.

Die Kalitpropagandagebühren.

Es folgt die Fortsetzung der Debatte über den noch ausstehenden Titel des Staats des Reichsamt des Innern über die Verwendung der Kalitabgabe.

Abg. Dr. Wirtz (natl.) schildert die Wirkung des Kalitgesetzes auf die Kalitindustrie, sie sei durch das Gesetz nicht geschädigt worden, sondern habe vielmehr einen großartigen Aufschwung genommen. Die Propagandagebühren sollen zur energischen Propaganda dienen, um den Kalitabtrag zu verringern, da sollte man doch nicht von Schmitz ergebnen und einem Korruptionsfonds sprechen. Wenn der Bund der Landwirte einen Wanderredner damit bezahlt, der nebenher auch politische Agitation treibt, so sei das doch nicht schlimm. (Widerspruch links.) Die Resolution der Freisinnigen, daß Organisationen, welche politische Zwecke verfolgen, keine Propagandagebühren erhalten dürfen, lehne wir ab, weil wir politische Momente in diese rein wirtschaftlichen Dinge nicht hineintragen wollen. (Lachen links.) Wir wünschen nicht, daß das Gesetz geändert wird. (Bravo! rechts, im Zentrum und bei den Kal.)

Abg. Dr. Kossick (konf.): Die Propagandagebühren sind gar nicht Provisionen, sie sollen an Gesellschaften gegeben werden, nach der Ansicht des Gesetzgebers, die nicht auf Verdienen ausgehen, also nicht an Handelsgesellschaften. Von einem politischen Wirtz braucht man bei diesen Geldern gar keine Rede sein. (Zustimmung rechts.) Das Kalitgesetz ist auch im Interesse der Arbeiter, das hat die Sozialdemokratie auch anerkannt, indem sie für das Gesetz statuiert. Wenn die Sozialdemokratie konsequent wäre, müßte sie, so gut, wie sie den deutschen Arbeitern vor der Konkurrenz ausländischer Arbeiter zu schützen sucht, für den Schutz der nationalen Arbeit auf allen Gebieten stimmen. — Der fortschrittliche Antrag auf Ausschluß politischer Organisationen vom Bezug der Propagandagebühren ist gegenstandslos, denn es gibt keine unpolitische Organisation, als die Verkaufsstelle des Bundes der Landwirte. (Weiterkeit links.) Der Bund der Landwirte ist wirtschaftspolitisch, aber nicht politisch. (Erneute Weiterkeit links.) Die Linie tut, als ob sie den kleinen landwirtschaftlichen Organisationen Vorteile zuführen wollte. Der deutsche Bauer aber weiß, was er von diesen Parteien zu halten hat. (Bravo! rechts, Weiterkeit links.) Die Sozialdemokratie, die Zwietracht in die Reihen der Bauern zu tragen sucht, vertritt mit terroristischen Mitteln die Arbeiter in ihre Organisationen. (Weiterkeit links.) Korruption gibt es nicht bei uns Landwirten. (Bravo! rechts.)

Abg. Göttsch (fortsch. Sp.)

erklärte zunächst, in Bezug auf eine frühere Äußerung habe er sich überzeugt, daß die Scharfmachereien beim Zentralverband der Industriellen nicht während des Bankrotts stattgefunden haben, an der der Staatssekretär teilnahm, sondern bei den vorausgehenden Beratungen. Am Grunde kann man heute noch vor dem Urteil über die Wirklungen des Kalitgesetzes stehen. Unweifelhaft stellt das Gesetz einen Eingriff in wohlverdienende Rechte dar. Allerdings ist gerade beim Bergbau die Frage der Rentabilität durch das Kalitgesetz zu bringen, war ein Versuch mit unzulässigen Mitteln. Es war ein Stück

gesetzgeberischer Anstandsverstoß.

Eine große Rolle hat damals ein besonders schwaches Werk gespielt, das diesem oder jenem sehr an Herzen lag, ich brauche wohl keine Namen zu nennen. (Weiterkeit und Sehr gut! links.) Nicht sonderbar war es, daß die Vertreter der Landwirtschaft so gar kein Interesse für die Verbilligung des wichtigen Düngemittels, des Kalis zeigten. Mit dem Kalitgesetz wurde es immer unzulässiger; es hat sich ein Anstandsverstoß unter den kleinen Bankiers entwickelt, die dem Publikum Kalitpapiere anbieten. Und dann kam dann das Kalitgesetz, wodurch die Kalitpapiere Mündelbarkeit erlangten; das ist der unerhörteste Schwindel. (Zustimmung links) durch das Gesetz ist den einzelnen Werken lediglich eine Quote an Absatz garantiert. Wenn das Gesetz dem Bundesrat die Verteilung von Propagandagebühren übertragen hat, so hat es ihm eine Aufgabe übertragen, die eine Behörde überhaupt nicht leisten kann. Die Bestimmung, sonderbar! prof verlaufenen Doppelzentner an Propagandagebühren zu verteilen, ist direkt die Aufforderung zur Vergeudung. (Sehr richtig! links.) Die Propagandagebühren sollen nach dem Beschluß der Kommission für wissenschaftliche Untersuchungen dienen, um den Kalitabtrag zu heben. Aber die Gelder können dafür garnicht verwendet werden, dafür sind die Summen viel zu hoch; die deutsche Landwirtschaftsgesellschaft hat 173 000 Mk. bekommen und konnte davon nur ganze 1500 Mark für den genannten Zweck verwenden. Die Landwirte müssen ja verdrückt werden, wenn man ihnen mit einem Aufwand von 1,1 Millionen Mark verdrückt, „düngt mit Kalit“, als ob Phosphor- und Stickstoffdüngung nicht vielfach angebracht ist. Der Bundesrat soll über die Wissenschaftlichkeit der Verträge entscheiden. Da erinnere ich an die Vorwürfe des Prof. v. Sogletz gegen Prof. Wagner, daß er seine Tabellen nachträglich forgiert, d. h. gefälscht hat. Das System wissenschaftlicher Untersuchungen mit dem Gelde bezweckt, die den Vorteil davon haben.

führt zur Korruption.

(Sehr richtig! links.) Die deutsche Landwirtschaftsgesellschaft betreibt ein großes Vermittlungsgeschäft in Düngemitteln, sie betreibt also das Geschäft eines Handelsagenten für das Kalitgeschäft und deshalb hat sie sogar die Verpflichtung, die Interessen ihres Auftraggebers wahrzunehmen und tut das auch in reichem Maße. (Sehr richtig! links.) Herr Dr. Kossick, bestreitet, daß der Bund der Landwirte eine politische Organisation ist, dabei ist doch Dr. Kossick im amtlichen Reichstagshandbuch an erster Stelle aufgeführt als Bund der Landwirte und erst an zweiter als Hauptamt der konservativen Partei. (Hört, hört! links.) War v. Sogletz, den Herr Kossick doch gewiß nicht wird abschütteln können, sagte, als er aus der Gründungsvorversammlung des Bundes kam, nichts habe ihm mehr gedrückt, als die allzu durchdringende Unwahrscheinlichkeit der behaupteten Versicherung, es handle sich um keine politische Partei. (links.) Wenn wir staatliche Subventionen an politische

Organisationen geben, wo sollen wir da aufhören? Wir könnten dann aus den Erträgen der Branntweinsteuer auch Gelder zur Propaganda des Alkoholgenußes geben. (Sehr gut! links) und der Bund der Landwirte würde alsbald durch seine Geschlechten beweisen, wie gesund der Alkohol ist. Der Reichstag ist zu einer Interessensvertretung herabgesunken; sorgen wir dafür, daß ihn wieder politische Diskussionen beherrschen. (Leb. Bravo! links.)

Abg. Freund (Sp.): Früher waren alle Parteien bestrebt, den Etat rechtzeitig fertigzustellen. (Leb. Zustimmung rechts.) Nämlich die Unterredungen links und rechts: Wo sitzen denn die Dauerredner? Besonders Herr Dahn? Die Propagandagebühren sind garnicht Reichsgelder, sondern das Reich bekommt sie nur als Treuhänder. An der Spitze des Kalitbündels stehen Herren, die dem Kaufmann näher stehen, als dem Bund der Landwirte, der Bund der Landwirte erhält das Geld sicherlich nicht aus politischen Gründen. Das Kalitgesetz ist allerdings nicht unbedenklich, in letzter Konsequenz würde es zum Kommunismus führen; aber nach so kurzem Besehen kann man es noch nicht ändern. (Beifall rechts.)

Abg. Kossick (konf.): Es ist nicht richtig, daß sich der Abg. Heim an uns mit der Bitte um unser Kommissionsmandat gewendet hat. Ich bin vielmehr an ihn als den ausgezeichneten Sachkenner und fähigsten Vertreter kleinbäuerlicher Interessen herangetreten, um Informationen von ihm zu erhalten, und als wir ersehen, daß er nicht in der Kommission saß, habe ich ihm aus freien Stücken mein Mandat abgetreten, weil ich glaube, so der Sache am besten zu dienen. Die freisinnigen und sozialdemokratischen Anträge lehnen wir ab; wir wünschen keine hochpotenzierten Untersuchungen darüber, welche landwirtschaftlichen Organisationen politisch sind. Denn wir Polen haben genug an der schändlichen Weise, wie man unsere Vereine für politisch erklärt. Dagegen sind wir für die Anträge Heim, die uns in richtiger Weise ohne schändliches Bewußtsein die Interessen der kleinen bäuerlichen Organisationen zu wahren scheinen. (Beifall bei den Polen.)

Abg. Silber (fraktionslos, bavr. Vbd.) (fast unverständlich) spricht sich ebenfalls für die Anträge Heim aus.

Vizepräsident Dr. Spahn verliest einen genügend unterstützten Antrag auf namentliche Abstimmung über Nummer 2 des fortschrittlichen Antrags Ausschluß politischer Organisationen vom Bezug der Propagandagebühren.

Abg. Dr. Heim (Zentr.):

Die Ausführungen meines Kollegen Spohn von gestern erlauben mir heute, manches nicht zu sagen. (Weiterkeit.) Die Debatte haben wir nicht, das man allgemein meinem Standpunkt sich nähert. Der verneinte Antrag im Ausland muß auch dem Inland zugute kommen und zur Ermäßigung der Zölle führen. Aber die Auslandspropaganda ist unabweisbar betrieben worden. Die amerikanischen Bauern z. B. sind mit einem Wirtz, der ihnen als reiner Kalitdünge verkauft wurde, geradezu über Ohr gekaut worden. Gesellschaften werden gebildet, daß ihre Interessen nicht mit denen der Leute identisch sind, die sozial Geschick drücken machen. Bei der Inlandspropaganda muß unterschieden werden zwischen wissenschaftlicher und kaufmännischer Propaganda. Herr Göttsch will keine näheren Bestimmungen über die 1,1 Millionen zur Inlandspropaganda treffen. Dazu werden die kleinen landwirtschaftlichen Verbände gewiß nichts erhalten.

Mein Bestreben war, den Zustand zu heben, daß sich zwischen Kalitproduzenten und Statthalter große Vermittlerverbände schoben. Vor meinem Eingreifen bestand hierüber keine volle Klarheit. Die Kalitfabrik sprang von 12 000 Doppelzentner Abnahme bis auf 100 000, um eben die kleinen Verbände zu zwingen, sich den größeren anzuschließen, damit sie in den Genuss der höheren Kalitfabrik kommen. (Zuruf links.) Sie müßten positive Vorschläge von mir hören, werden dabei aber nicht auf die Rechnung kommen. (Weiterkeit, Abg. Dahn.) Sie dürfen ja nicht reden! Die Staffung der Kalitwerke muß in sich gegründet sein und darf nicht solche Sprünge aufweisen. Ich hätte nichts dagegen, wenn gar keine Kalitwerke gewährt werden; solange sie aber bestehen, dürfen Kalitwerke und Größe nicht mit zweierlei Maß gemessen werden. (Zustimmung links.) Ich muß nun noch eine persönliche Sache zur Sprache bringen. Herr Spohn hat gestern von einem Artikel Kenntnis gegeben, der mir von liebevoller Seite gewidmet ist. (Weiterkeit.) Als ich ihn das Wort „Lüge“ zurück, bezog sich das nicht auf ihn, sondern auf die betreffende Stelle des Artikels. Sollte ich den Artikel so besprechen, wie ich es in meinem Innern empfinde, so würde das

eine schauerliche Abrechnung

werden. Ich verzichte darauf, weil ich hier unter dem Schutze der Immunität stehe. Wenn aber der Mann keine Kappe ablegt und nicht mehr aus dem Busch herausfährt, nicht mehr unter der Marke „von zuständiger Seite“ schreibt, so werde ich ihn ohne Sentiments Antwort geben. Zu dem Artikel ist mir vorgelesen, ich hätte meine Pflicht als Abgeordneter nicht erfüllt. Der Artikelschreiber muß ganz genau wissen, daß ich in den Jahren, die er angeführt hat, in vielen Fällen beim besten Willen nicht hier sein konnte, daß ich im ganzen Jahre 1907 ein schwerkranker Mann war, der nicht gehen konnte, ohne geführt zu werden. Ich nehme an, daß der Artikelschreiber kein Jude ist, sondern ein sehr christlicher Mann. (Leb. hohes Sehr gut! links.) Er nimmt keine Notiz davon, daß ich im Jahre 1908 laut noch in dem gleichen Zustande war, daß ich ferner vom Herbst 1909 an in der bayerischen Kammer nicht als gewöhnlicher Abgeordneter, sondern als Referent über die Steuerangelegenheiten fungierte. Diese Arbeit hat mich auch außerhalb der Tagung in der Steuerabteilung beschäftigt. Dann verzeihe ich zur Entschuldigung, weil hier der Kolonialrat verhandelt wurde. (Weiterkeit.) und kam hierher, als die schwere Entscheidung der Reichsfinanzreform bevorstand. Es ist doch ein weltlicher Mensch, ob jemand in der glücklichen Lage ist, daß, wenn er fort ist, ein Supplémentar seine Anstellung einnimmt, oder ob jemand im bürgerlichen Leben steht. (Leb. hohes Zustimmung links.) Von dieser Gesichtspunkte hat die „zuständige Seite“ keine Notiz genommen, von der anzunehmen ist, daß sie mir nahesteht. Die Sache wurde aber noch komplizierter; ja wie soll ich sagen... (Zuruf.) Sie sagen König. Das sagt zuviel. (Abg. Göttsch, Zentrum: Zahig!) Wohl, zünftig ist etwas falsch. (Weiterkeit.) Also, es heißt so, der Dr. Heim kommt immer nach Berlin, wenn er etwas hat, was ihn persönlich betrifft, und auch hier ist er persönlich interessiert, als Vorsitzender seiner Bauerngenossenschaft. Ich stelle fest, daß diese Genossenschaft statutenmäßig keine Gewinne verteilt, sondern den Gewinn zu gemeinnützigen Unternehmungen verwendet. Wir unterrichten in einer landwirtschaftlichen Schule Knaben von 11-13 Jahren, wir haben einen landwirtschaftlichen Fortbildungskursus für militärische junge Bauernjöhne eingerichtet etc.

Wenn ich einmal mehr Geld habe, so trage ich mich mit dem süßesten Gedanken — vielleicht gewinne ich einen reichen Wohlthäter, das wäre das einzig Gute der Ausführungen der „zuständigen Seite“ — eine Wanderbühne einzurichten. (Weiterkeit und Zuruf: Kalitabgabe!)

Weiter wurde in dem Artikel geant, der Dr. Heim ist auch als Aufsichtsrat an einem Kalitwerk beteiligt. Es ist richtig, daß ich für einen alten Besitzstand als Aufsichtsrat tätig bin. Bevor ich dieses Amt annahm, erklärte ich der betreffenden Stelle kategorisch, daß ich mich dadurch unter keiner Bedingung in meiner Stellung als Abgeordneter beeinflussen lassen würde, und Herr Spohn hat ja auch gestern konstatiert, daß meine Stellung dieselbe war, wie im vorigen Jahre, als ich diesen Besitzstand noch nicht vertrat.

Ich danke dafür, daß wenigstens ein Gegner mir diese Gelegenheit hat zuteil werden lassen. Bevor ich das Amt übernahm, habe ich mich an einige Kollegen gewandt, denen ich ein Urteil in der Beziehung wohl antrauen kann, an Herrn Müller-Julda und an Herrn Erzberger. (Hört, hört! links.) Herr Erzberger hat nichts daran gefunden und auch darin nichts, daß ich in die Budgetkommission zu kommen suchte, er hat sich sogar darum bemüht, und auch Herr Müller-Julda wird mir bestätigen, daß er es gern gesehen hätte.

Dann kommt der schwerste Punkt in dem Artikel, es heißt: „wir rechnen an, daß Dr. Heim an den Erträgen seiner Rentkalitgenossenschaft mit Tantieme beteiligt ist.“ Wenn der Herr nicht zurecht hätte, daß es nicht so ist, so hätte er nicht „angenommen“, aber weil er geneigt hat, daß es nicht so ist, hat er eben nur „angenommen“. (Zuruf: christliches Liebeswerk.) Die journalistische Pflicht hätte gefordert, daß man eine derartige verdächtige Annahme nicht herausgibt, bevor man sich von ihrer Wahrheit überzeugt hat. Ich konstatiere, daß ich niemals in meiner Genossenschaft Tantieme bezogen habe, noch beziehen werde, und der Artikelschreiber müßte das mitnötigen wissen, als es dreimal vor Gericht festgestellt ist. (Hört, hört! bei den Sp.)

In meinem Geschäft gibt es kein Geheimbuch, jeder ernsthafte Sachverständige kann alles bei mir einsehen, was er will. Diese „Annahme“ ist ungefähr das

persönliche, gemeinliche und niedrigste, was man in der Politik tun kann. Nur zwei Zentrumsblätter haben diese Verdächtigung weiter verbreitet, die „Kölnische Volkszeitung“ und die „Schlesische Volkszeitung“. Was ich bis jetzt gesagt habe, habe ich auch drucken lassen und noch mehr. Ist der Betreffende ein Mann und nicht bloß jemand, der den Holm trägt, so wird er den Dr. Heim verklagen und ist er kein Mann, so ist es schade um die Tinte, die ich ihm noch widmen werde.

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen. Es folgen die Abstimmungen. Angenommen werden die Kommissionsanträge und die Resolution über die Staffung der Debatte.

Dem anderen Teil seiner Resolution zieht Dr. Heim zuzulassen. Die Abstimmung über den Ausschluß der politischen Organisationen und über den sozialdemokratischen Antrag auf Verwendung der Kalitabgabe zu sozialpolitischen Zwecken wird namentlich sein.

Die nächste Sitzung wird auf Donnerstag 1 Uhr anberaumt. (Recht des Staats des Innern und Kolonialamt.)

Präsident Graf Schwerin-Löwitze verliest sodann Glückwunsch-Telegramme des Deutsch-nationalen Verbandes, des Österreichischen und des deutschen Schiffahrtstages zum 40. Geburtstag des deutschen Reichstages und führt fort: Man hat mir nicht mit Unrecht vorgeworfen, daß ich mich gestern auf eine kalkulatorische Feststellung beschränkt habe. Ich habe das getan, weil auch der 30. Jahrestag vor zehn Jahren im Reichstag keine Erwähnung gefunden hat. Ich möchte nun aber doch noch folgende Bemerkung machen: Die gesetzliche Arbeit, die der deutsche Reichstag seit seinem Bestehen vollbracht hat, ist eine große und die Entwicklung, die das Deutsche Reich auf Grund dieser Gesetzgebung erfahren hat, eine gewaltige, wie ich in meiner Kaiser-Geburtstagsrede näher dargelegt habe. Nicht minder groß sind die gelegentlichen Aufgaben, deren baldige Lösung das deutsche Vaterland vom Reichstag erhofft. Möge es der Arbeitsfreudigkeit und der Arbeitstreue vergönnt sein, die Hoffnungen unseres Vaterlandes zu erfüllen und die Arbeiten des Reichstages auch jetzt nicht minder fruchtbringend zu gestalten, als in den uns hinter uns liegenden 40 Jahren. (Beifall der Beifall.) Mit diesen Hoffnungen schließt ich die Sitzung. Schluß 8 1/2 Uhr.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

55. Sitzung. Mittwoch, den 22. März, Vormittags 12 Uhr.

Am Ministerisch: von Dallwitz, von Schorlemmer-Lieser.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Gesetzentwurf über die Polizeiverwaltung in den Regierungsbezirken Düsseldorf, Arnberg und Münster. Der Berichterstatter Abg. Dr. Loh (freisinnl.) ist nicht erschienen und hat sich telegraphisch entschuldigt. Der Gegenstand wird deshalb von der Tagesordnung abgesetzt.

Die Debatte werden in erster und zweiter Lesung angenommen. Der Gesetzentwurf über die Verlegung der Landesgrenze gegen das Königreich Bayern an der preussischen Gemeinde Achberg, sowie der Gesetzentwurf über Verlegung der Landesgrenze an der Eisenbahn von Münster nach Scheidt. In dritter Lesung werden angenommen die Gesetzentwürfe betreffend Erweiterung der Stadtkreise Erfurt und Breslau. (Eingebung von Gräbchen.)

Abg. Viereck (freisinnl.) begründet hierauf einen Antrag seiner Gruppe auf

Verdeutschung der Fremdwörter in der Geschäftsordnung

des Abgeordnetenhauses.

Abg. von Dittmar (konf.) empfiehlt einen weitergehenden Antrag seiner Fraktion, wonach die vielfach mangelhafte Ausdrucksweise der Geschäftsordnung durch einfache, klare, von Fremdwörtern freie Fassung der Vorschriften ersetzt werden soll.

Nach kurzer Debatte wird der Antrag v. Dittmar angenommen. Der Antrag Viereck ist damit erledigt.

Abg. Ester-Witten (natl.) begründet einen Antrag, die Regierung zu ersuchen,

die Schaffung eines norddeutschen Naturkundeparks durch den Verein Naturkundepark in der Lüneburger Heide durch Gewährung einer laufenden Beihilfe, sowie durch die Angliederung staatlicher Forsten zu ermöglichen.

Minister v. Schorlemmer-Lieser: Der Gedanke des Antrages hat in der Presse und auch hier im Hause viele Sympathie gefunden. Es wärten aber noch erhebliche Bedenken dagegen ob, ohne weiteres auf den Boden der Antragsteller zu treten. Es ist zunächst zweifelhaft, ob das in Frage kommende Gebiet sich besonders für einen solchen Naturkundepark eignet. Der Verein steht auch auf wenig fester finanzieller Grundlage. Es ist auch zu berücksichtigen, daß bei einem Schutz des dort vorhandenen Wildes wir bald Klagen über Wildschaden hören werden. An sich steht die Regierung der Sache sympathisch gegenüber, man sollte damit aber mindestens noch ein Jahr warten. Ueber die Einzelheiten der Angelegenheit wird ja in der Kommissionsberichterstattung gesprochen werden können.

Für den Antrag sprach der Abg. v. Wolff-Metterich (Zentr.), Dr. Schupp (Sp.) und Decker (konf.).

Abg. Hoffmann (Sp.): Wie haben so oft Gelegenheit, mit der Mehrheit des Hauses in Widerspruch zu stehen, daß es uns wirklich wohl tut, in dieser Angelegenheit mit der Mehrheit einmal übereinzustimmen. Es liegt nicht an uns, daß es so selten vorkommt. (Weiterkeit.) Wir bedauern, daß in der Begleitung des ganzen Hauses der Minister etwas Vermutlich getauft hat. Wenn der Minister gegen die finanzielle Sicherheit des Vereins Bedenken hat, kann sollte doch der Staat selbst die Sache in die Hand nehmen. Das wäre uns noch lieber. Auch die Bedenken bezüglich des Wildschadens können wir nicht teilen. Es gibt doch Mittel, die kleinen Landwirte vor Wildschaden zu schützen. Wir wünschen das am meisten. Vor allem wünschen wir, daß Mittel und Wege gefunden werden, um dem Verkauf dieses Terrains einen Riegel vorzusetzen. In einem Jahre könnte es doch sehr leicht schon zu spät sein. Es

solte Vorfrage getroffen werden, um diese Aufgabe zu lösen, der wir, wie allen Kulturarbeitern, sympathisch gegenüberstehen. (Beifall bei dem Red.)

Der Antrag wird der Agrar-Kommission überwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Feuerbestattung.

Minister v. Dallwitz: Schon seit Jahren beschäftigt die Frage der Feuerbestattung dieses Haus. Der Abg. Fangerhaus hatte immer wieder die Auffassung vertreten, daß jedem Einzelnen das Recht zustehe, darüber verfügen zu können, ob nach seinem Tode für seine Leiche die Feuer- oder Erdbestattung erfolgen soll. Von anderer Seite wurden gegen diese Auffassung erhebliche Bedenken geäußert, die teils auf religiösem Gebiet, teils auf juristisch-kriminalistischen Gebiete liegen. Die Bedenken vom juristisch-kriminalistischen Standpunkt gipfeln darin, daß die Erdbestattung eine uralte, durch Jahrhunderte fest eingebürgerte kirchliche Sitte sei, deren Beibehaltung dem Empfinden der Mehrheit des Volkes entspreche. Aus diesen Gründen lehnt die katholische Kirche die Feuerbestattung als limas ab, während die Vertreter der evangelischen Landeskirche in ihrer Mehrheit sich auf dem Eisenacher Kongress dahin ausgesprochen haben, daß zwar die Erdbestattung die einzige kirchlich anerkannte dem christlichen Empfinden entsprechende sei, daß aber Gläubenssätze und Dogmen der Feuerbestattung nicht entgegenstehen, daß sie in bestimmtem Umfang als zu läßig angesehen werden müssen. Auf diesen Standpunkt hat sich auch in der Hauptsache vor 2 Jahren die Evangelische Generalsynode gestellt, während die Vertreter der rechtsrheinischen jüdischen Kreise in ihrer Mehrheit der Feuerbestattung durchaus ablehnend gegenüberstehen. Ich will die Berücksichtigung der Bedenken vom Standpunkt der uralten Sitte voll anerkennen, man kann daraus meines Erachtens aber nur den Schluß ziehen, daß das Empfinden wider Volksteile der Staatsregierung die Verpflichtung auferlegt, dafür Sorge zu tragen, daß unter allen Umständen die Feuerbestattung ausgeschlossen werden müßte in den Fällen, in denen sie den religiösen Anschauungen und dem Willen des Betroffenen widerspricht. Ich kann aber nicht anerkennen, daß diese kirchlich-religiösen Bedenken auch gegen die fakultative Feuerbestattung sprechen. Es ist doch eine große Anzahl von Personen vorhanden, die teils aus innerer Überzeugung, teils aber aus äußeren nicht unerheblichen Gründen für ihre Person die Feuerbestattung vorziehen. Man wird darüber nicht hinwegkommen, daß ein Zwang in solchen Dingen der Willigkeit nicht entgegenwärtig und nicht geschaffen werden kann. Von diesem Gesichtspunkt aus hat auch die Staatsregierung den vorliegenden Entwurf gefaßt. Er läßt die fakultative Feuerbestattung zu in den Fällen, wo das Verlangen danach von dem Verstorbenen bei Lebzeiten in zweifelsfrei Weise ausgesprochen worden ist. Von juristisch-kriminalistischer Seite gehen die Bedenken gegen die Feuerbestattung hauptsächlich dahin, daß durch diese Bestattung die Spuren gewisser Verbrechen leichter beseitigt werden können, besonders wenn der Verbrecher in nahen Beziehungen zu dem Opfer gestanden habe. Diese an sich wohl begründete Befürchtung scheidet einmal beiseite zu werden durch die in der Vorlage für die Feuerbestattung vorgesehene obligatorische Leichenschau, ferner durch die Bestimmung, daß der Verdorbene die Feuerbestattung bei Lebzeiten selbst angeordnet haben muß und durch weitere Kantelen. Für die Zulassung der Feuerbestattung in dem vorstehenden beschränkten Umfang sprechen viele praktische Gründe. Es läßt sich jetzt schon die Verbringung von Leichen aus Preußen nach den Nachbarländern zur Feuerbestattung nicht verhindern, während die vorgesehene Kantelen im kriminalistischen Sinne dabei fehlen. Das Oberverwaltungsgericht hat ausgesprochen, daß ein Verbot der Feuerbestattung in Preußen nicht besteht, der Gegenstand beschränkt sich deshalb darauf, in den §§ 1 und 6 Bestimmungen über die Beschaffenheit der Verbrennungsanlagen zu treffen, während die §§ 7-9 die besondere Vorsorge für die Verwendung der Verbrennungsmittel regelt. Auf die Details dieser Bestimmungen wird besser in der Kommissionsberatung eingegangen werden können.

Abg. Graf Wartensleben (kons.): Die Regierung hat bisher ebenso wie die Reichstagen des Hauses der Feuerbestattung ablehnend gegenüber. Niemand des größten Teiles meiner Freunde spricht ich unger Bedauern

über den Wechsel in der Haltung der Regierung aus. Man greift hier mit runder Hand in das Empfinden wider Volksteile ein. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Das Verlangen nach der Feuerbestattung ist gar nicht aus dem Volke herangekommen, sondern es ist die Folge der Propaganda der Vereine für Feuerbestattung und der Freidenker. Der falsche Ansdruck Feuerbestattung ist nur gewählt, weil man nicht den unangenehmen und richtigen Ausdruck Leichenverbrennung gebrauchen will. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Dr. Schmitt-Düsseldorf (Zentr.): Wir sehen den Gesetzentwurf ab und bedauern seine Einbringung, weil wir in der Leichenverbrennung einen

Verstoß gegen das Christentum sehen. Die christliche Kirche kann die Leichenverbrennung nicht billigen. (Abg. Hoffmann: Sie haben die Lebendigen verbrannt! Feuerzeit!) Tod und Verwesung betrachtet die katholische Kirche als natürliche Strafen und die Leichenverbrennung würde einen Eingriff in diese Strafen bedeuten. Auch die kriminalistischen Bedenken gegen die Feuerbestattung scheinen mir nicht unbedeutend. Dagegen sind die gesetzlichen Bestimmungen, die man über die Beschaffenheit der Friedhöfe vertritt, von Autoritäten als unzulänglich nachgewiesen. Wir sehen in der Vorlage die Legitimierung des Kampfes gegen das Christentum und lehnen sie deshalb ab. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Lieber (Radik.): In der französischen Kammer ist seitens eines Jesuitenpater für die Feuerbestattung eingetreten, mit dem katholischen Glauben kann sie aber nicht vereinbar sein. Meine Freunde akzeptieren die Vorlage mit der Begründung der Regierung.

Abg. Dr. Schrad (radik.): Aus christlichen Empfinden heraus fällt es einem Teil meiner Freunde sehr schwer, der Vor-

lage zugestimmen, wir werden ihr aber zustimmen, um den Wünschen wider Kreise Rechnung zu tragen, wenn auch mit schwerem Herzen.

Abg. Dr. Wachnick (Sp.) befreit, daß religiöse oder konfessionelle Gründe ernstlich gegen die Feuerbestattung sprechen könnten. Es handle sich hier höchstens um Fragen der Sitte. Der Redner tritt namens seiner Freunde warm für die Vorlage ein.

Abg. Dr. Mizeriski (Pol.) lehnt die Vorlage ab, von dem christlichen Standpunkte aus, auf dem die polnische Bevölkerung stehe.

Abg. Hoffmann (Soz.): Das Gesetz ist mit so vielen Kantelen behaftet, daß es einem Freunde der Feuerbestattung schwer wird, sein Bedauern darüber auszudrücken, wenn diese Vorlage nicht Gesetz würde. Wir haben in Deutschland 13 Staaten, wo die Feuerbestattung besteht. Da würde es vielleicht, um eine Einheit zu schaffen, besser sein, wenn ein Reichsgesetz die Frage regelt, um endlich einmal mit den ungläublichen Zuständen aufzuräumen, die im Bestattungsweisen in Deutschland bestehen. Die konservative Partei und ihre Presse hat ja besonders ihr schmerzliches Bedauern darüber ausgesprochen, daß diese Vorlage überhaupt gekommen ist. Ich meine, es hat lange genug gedauert. Schon im Jahre 1856 kam an das Abgeordnetenhaus die erste Petition um Zulassung der Feuerbestattung, und seitdem sind diese Wünsche Jahr für Jahr wieder an das Haus herangeraten. Ich will mich nicht auf den Standpunkt derjenigen stellen, die die Feuerbestattung nun in den Himmel erheben und glauben, daß aus der Asche ein Phönix emporkommt. Ich will auch nicht, wie seinerzeit der freisinnige Pater Schall die Krematorien mit Baksteinen und die Feuerbestattung mit Nieselfeldern vergleichen. Wir haben der ganzen Frage sehr objektiv gegenüber. In den Kreisen meiner Freunde gibt es Freidenker, die für die Erdbestattung sind, und Christen, die die Feuerbestattung bevorzugen. Ich persönlich bin allerdings für die Feuerbestattung, weil ich auch keinem der hier bekämpften Feuerbestattungsvereine angedreht. Wenn Abg. Dr. Schmitt bestreitet, daß bei der Ausgrabung von Leichen so viele gesundheitsgefährliche Ausdünstungen vorkämen, so kann ich das aus meiner persönlichen Erfahrung als Kirchhofinspektor der freireligiösen Gemeinde bestreiten, denn ich habe nie bei solcher Ausgrabungen beigewohnt, bei denen der Geruch so unangenehm war, daß wir auch zu den höchsten Preisen kaum Arbeiter bekommen konnten. Nachdem

selbst Spanien die Feuerbestattung zugelassen hat, sollten doch auch die Katholiken Preußens ihren Widerstand dagegen aufgeben. Sie schädigen sich selbst damit, wenn ihre Geistlichen an solchen Verbrennungen nicht teilnehmen. Das Volk wird sich daran gewöhnen, daß es auch ohne die Beteiligung der Geistlichen geht. Das die Friedhöfe in der Nähe menschlicher Wohnungen gesundheitsgefährlich werden können, hat eine Autorität wie Rudolf Virchow anerkannt. Es ist festgestellt, daß Choleraleime noch nach 21 und 28 Tagen bei ausgegrabenen Leichen lebensfähig waren, Wiltbrandbazillen sogar nach 37 Tagen. Die Leichenverbrennung braucht auch keineswegs ein Privilegium der Besitzenden zu bleiben. Es ist nachgewiesen, daß die Verbrennungskosten nur 6 bis 8 Mark betragen brauchen. Auch in den Kreisen des Zentrums sind Freunde der Feuerbestattung vorhanden; die Zentrumskommunikation im Rainer Stadtparlament hat sich mit ihr einverstanden erklärt. Einige Paragraphen der Vorlage sind so reaktionär, wie es nur in Preußen möglich ist. So bestimmt der § 6, daß die Aschenreste der verbrannten Leichen entweder in der Urnenhalle oder an einem anderen behördlich gestatteten Bestattungsraum beigelegt werden. Das heißt im Widerspruch zu den Gesetzen der übrigen deutschen Bundesstaaten und würde sich sehr einfach umgehen lassen, wenn man die Leichenverbrennung in einem anderen Bundesstaat ausüben läßt. Man sollte es doch den einzelnen überlassen, ob sie die Urnen in ihrem Heim oder anderswo aufbewahren wollen. Auf dem die Bestattung des Staates den Bürgern gegenüber bis über den Tod hinaus geben, muß dem überläßt werden und reglementiert werden? Dann heißt es im § 7, die Verbrennung wird nur gestattet, wenn der Verstorbene sie bei Lebzeiten angeordnet hat. Auch hier sollte man sagen, daß sie zulässig ist, wenn nicht der Verstorbene ausdrücklich vorher das Gegenteil bestimmt hat. Der Abgeordnete Dr. Schrad hielt das Alter von 16 Jahren für zu niedrig zur selbständigen Verfügung über die Bestattungsart. Die Gegner der Feuerbestattung führen doch aber in erster Linie das christliche Empfinden als Argument dagegen an, und Kinder von 11 Jahren gelten doch schon als vollwertige Christen nach der Konfession selbst gegen den Willen der Eltern. Den Eltern muß das Recht gegeben werden, jedenfalls für die Kinder unter 14 Jahren die Bestattung zu bestimmen. Im allgemeinen sollte das Alter für die Selbstbestimmung der Bestattungsart aber doch als hinaufgesetzt werden. Von den deutschen Bundesstaaten hat nur Bayern, wo das Zentrum ja die erste Weige nicht, sich mit dieser Frage noch nicht befaßt, außerdem Mecklenburg. Preußen steht aber noch mit Mecklenburg in einer Reihe. Mecklenburg wird sich ja nicht überbürden, und es geht es auch bei uns aus. Unsere Zustimmung oder Ablehnung werden wir davon abhängig, wie das Gesetz aus der Kommission herauskommt. Wir werden uns dann entscheiden, ob wir es nicht besser ablehnen und dadurch das Reichsgesetz, das ja doch kommen muß, herbeiführen. Es dreht sich ja nicht mehr um die Frage, ob die Feuerbestattung in Preußen gestattet ist. Das ist in Preußen nicht verboten ist, ist ja vom höchsten deutschen Gericht anerkannt worden. Wollen Sie also ein solches Gesetz nicht machen, so hoffen wir auf das Reichsgesetz. Das wird hoffentlich anders ausschauen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Müller-Koblenz (Zentr.) betont noch einmal den abschreckenden Standpunkt seiner politischen Freunde und weist besonders darauf hin, daß die Entbedung von Kriminalverbrechen durch die

Feuerbestattung behindert werden könne. Die Vorlage scheint nicht aus sachlichen, sondern aus politischen Gründen eingebracht zu sein, da sie in der Thronrede nicht vermerkt sei.

Minister des Innern v. Dallwitz: Die kriminalistischen Bedenken des Vorredners sind nach Ansicht der Regierung durch die in der Vorlage enthaltenen Kantelen beseitigt. In der Kommission wird auch ein Kommissar des Justizministeriums diesen Standpunkt vertreten. Vielleicht kann man die Kantelen nach dieser Richtung auch noch etwas verschärfen. Für die Regierung waren nur sachliche Motive maßgebend. Sie ist in der Thronrede nur deshalb nicht erwähnt, weil man nicht wußte, ob die Vorlage noch in dieser Session erledigt werden konnte. Für die Regierung handelt es sich um einen Akt der Tol'eranz gegenüber den vielen Anhängern der Feuerbestattung. Der Umstand, daß jetzt schon in vielen anderen Bundesstaaten Leichenverbrennungen ohne die vorgeschlagenen Kantelen stattfinden können, sollte doch der Vorlage weitere Anhänger gewinnen.

Die Vorlage geht an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr. (Dritte Lesung des Ges.)

Schluß 4 1/2 Uhr.

Briefkasten

Eprenhunden der Redaktion Wochentags nur v. 12-1 Uhr Mittags. Schriftliche Anstunft wird nur ausnahmsweise erteilt.

Karlshütte. Wir empfehlen Ihnen, diese Beiträge zu zahlen, damit den jungen Leuten keine Unannehmlichkeiten entgehen.

M. J. G. Wenn der Wirt damit einverstanden war, daß Sie am 1. April ausziehen, kann er von Ihnen auch nur bis zu diesem Tage die Miete fordern; für die Zeit von April bis Juli haben Sie dann nichts zu zahlen.

M. J. Stegmann. Es besteht kein Zwang zur Konfirmation der Kinder. Lassen die Eltern, die der Landeskirche noch angehören, ihre Kinder nicht konfirmieren, so kann sie niemand dazu zwingen.

Schüler roter W. 1. Der Dienstvertrag bei einem Dienstmädchen gilt als abgelaufen, wenn nach mündlicher oder schriftlicher Verabredung das Mitzugeld gegeben ist. 2. Wird das Mädchen durch die Schwangerschaft zur Fortsetzung des Dienstes unfähig, so kann es ihn sofort verlassen. 3. u. 4. Nein. 5. Die Sachen dürfen nicht zurückgehalten werden. 6. Ruhepausen sind für die Dienstmädchen nicht vorgeschrieben.

Sch., Dtlau. Da der Wirt mit der Räumung am 1. April einverstanden war, kann er jetzt nicht die Miete bis 30. Juni verlangen und ist auch nicht berechtigt, Ihnen die entsprechenden Sachen zurückzubehalten. Tut er es doch, so muß er sofort auf Herausgabe der Sachen beim Amtsgericht verklagt werden.

S. F., 100. Wenden Sie sich an die Handwerker- und Kunstgewerbeschule in Breslau VII, Klosterstraße 17/20.

Rechnungen der hiesigen Markt-Notierungskommission. Breslau, den 21. März.

| | gute | mittlere | geringe | Sorte | | |
|----------------|---------|----------|---------|--------|---------|--------|
| | 65 Stk. | niedr. | 65 Stk. | niedr. | 65 Stk. | niedr. |
| Weizen, weißer | 19 20 | 19 20 | 18 20 | 17 20 | 17 20 | 16 20 |
| Weizen, gelber | 19 10 | 19 20 | 18 10 | 17 20 | 17 10 | 16 10 |
| Roggen | 14 40 | 15 20 | 13 20 | 12 20 | 12 20 | 11 20 |
| Braugerste | 17 10 | 18 | 15 20 | 15 | — | — |
| Gerste | 14 | 13 20 | 12 20 | 12 20 | 12 20 | 11 |
| Hafer | 13 20 | 16 | 11 20 | 14 20 | 14 10 | 13 20 |
| Vetter-Gehlen | 23 | 22 | 21 | 20 | 19 | 18 |
| Erbisen | 12 20 | 12 | 17 20 | 16 20 | 16 | 15 20 |

Gen. per 100 Stk. 5.40-6.20 M.
Vanderg. per 100 Stk. 4.20-4.60 M.
Vanderg. per 100 Stk. 2.70-3.10 M.

Breslauer Mehlmarkt. Weizen, weißer per 100 Stk. inkl. Bod brutto Weizenmehl 33 rubel 28.00-29.00 M., Roggenmehl 60 rubel 22.00 bis 22.50 M., Roggen-Doppelboden 2 rubel 21.00-22.00 M., Roggenmehl untere Sorte 19.00-21.00 M., Weizenmehl feiner 30.00-31.00 M.



Salem Gold

Cigaretten

Etwas für Sie!

№ 4, 5, 6, 8, 10
Preis 4, 5, 6, 8, 10 Pfg. d. St.

Orient Tab. u. Cigaretten-Fabr.
„Yenidze“
Inh. Hugo Zietz, Dresden

Erhältlich in den Cigarrengeschäften wo dieses Plakat sichtbar ist!



Kufeke

Tausendfach bewährte Nahrung bei:
Brechdurchfall,
Diarrhöe,
Darmkatarrh, etc.

-Kindernahrung
-Krankenkost

Der Mann in die Gewerkschaft!
Die Frau in die Genossenschaft!
Beide in die Partei!



Uhren,

Fahrräder, Sprengmaschinen,
sowie Nähmaschinen,
Schallplatten, Fahrradteile
bekannt billig.

Leo Lebram,

Haupt- und Fabrikant, Hamburg,
Hauptstraße 32. 1456



Oetker's

Vanillin Zucker

ist das beste und billigste Gewürz für Kuchen, Puddings und alle Süßspeisen.

Schulhofen, Marktstraße, 1531
Hagen, Sülze, Marktstraße 50, Marktstraße 41 u. Ring 2.

Möbel

Bücher u. Bettzüge u. Kissen 25 M.
Schrank 21 M. Plüsch Sofa 35 M.
Eisen- u. Holzstuhl-Garnituren
von 200 M. an. - Katalog gratis.
Schickung ohne Kaufpreis einwärts.
Alles spottbillig, Zeitungs-gekauft.

Max Giesel

Brüderstraße 5, ptr. u. 1.



Globin

bester Schuhputz

bequeme Teilzahlung
Koch, Marktstraße 14, 1
(Hoch-Paradeplatz)

Breslauer

Schmiedebrücke 59
Telephon 4472

Fischhallen

Neue Schweidnitzerstraße 10
Telephon 4478
Ritterplatz 1566

Wir empfehlen aus heutiger Waggonladung:
Fr. H. jettin Cablian u. Seelachs
Feinsten Angelfisch 50 Pfg., groß. Schellfisch im Auschu. 45 Pfg.
Alle anderen Fisch- und Seeische ebenfalls billig.